

Ostlands

Magistrat Elhira
Eing. - 3. SEP. 1932

Eing. - 3. SEP. 1932
Berlin

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierseitl. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Egespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 36. Berlin, 2. September 1932. 13. Jahrg.

Jahrbuch S. 425: Das historische Kapuzientum, S. 426: Ein englisches Hotel über dem Norrböle, S. 427: Der Deutsche Schuh und die Todenteilein ist die Tangeröder Fassadenfront, S. 429: Die Polareinwohne in Grönland – natürlich nicht in Grönland, sondern in Grönland, S. 430: Ein kleiner Winkel der Welt, S. 431: Stolzengang und Promontorium, S. 432: Die preußische Seemarinenfregatte „Augsburg“ – Abseits der Welt, S. 433: Heimatkundrätinnen, V. Holger: „Aland-Antike“.

Das historische Argument

Die Polen schreien der Aufstellung zu sein, die die gesichtliche Entwicklung des Korttobgebiets mit besonderer Eindringlichkeit für ihr Bevölkerungsrecht am Korttob spreche. Neben den wirtschaftlichen und nationalen Argumenten wird daher das historische Argument in der politischen Korttobpropaganda, holoanders, geplagt. Wie oben von pointiger Seite des Geschichtsdozenten Pommerschells dargestellt wird, kann man aus einer Reihe von Propagandabroschüren ersehen, die, wie jeder eingemachten Eingangsseite erkennen wird, weniger auf die gesichtliche Wohlbefinden als auf die Herausarbeitung möglichst einprägsamer Agitationssformeln bedacht sind. Im Verlage der polnischen „Meeres- und Kontinental“ ist eine kleine Broschüre von Dunin-Markiewicz „Polen und sein Zugang zum Meer“ in Eile der Geschichte, Ethnographie und Wirtschaft“ erschienen, in der die wesentlichen, ständig in der gleichen Form wiederkehrenden politischen Korttobargumente in wielerkamer Weise an Hand einiger farbiger Tafeln mit kurzen erläuternden Texten dargestellt sind. Zur polnischen Korttobpropaganda in Amerika sind zwei andere kleine Broschüren bestimmt, in denen die Argumente von Dunin-Markiewicz teils bildlich und kartographisch, teils textlich etwas ausführlicher dargelegt werden: Donald E. Super, „The Background of Polish-German Relations in Charts and Figures“ (Der Hintergrund der polnisch-deutschen Beziehungen in Karten und Bildern), herausgegeben von der Echler Company in New York, und eine von der Amerikanisch-polnischen Handelskammer in New York veröfentlichte Broschüre „Polish-German Relations“, die neben der ostwestfälischen Minderheitsangelegenheit auch die Korttobfrage behandelt. In der erfragtenen Broschüre wird der Geschichtsverlauf Pommerschells, wie ihn die politische Propaganda zu erscheinen pflegt, durch eine schematische Darstellung anschaulich, mit der wir uns im folgenden einmal etwas näher auseinandersetzen wollen.

Auch der Darstellung Dusin-Markiewiczs, die auch Super in seiner *Wrocławie* übernommen hat, kommt Dusin-Markiewicz von Jahre 994 bis 1305 „einen Teil des polnischen Staates gebildet“ und von 1305 bis 1454 unter der „Strombergherrschaft der Kreuzritter“ gefallen, dann hat es nach der polnischen Darstellung wieder mit „sehr 1772 zum polnischen Staate gehört“ und von 1772 bis 1919 wieder der deutschen Raubherrenherrschaft unterstanden. Nach Dusin-Markiewiczs soll Dusin-Markiewicz also in den 995-jährigen Sturz (von 994–1919) nicht weniger als 632 Jahre hindurch „dem polnischen Staate angehört“ und insgesamt nur 293 Jahre lang unter deutscher Herrschaft gestanden haben, wobei die 140 Jahre Ordensherrschaft von den Polen offenbar nicht einmal als vollwertige deutsche Herrschaft aufgefasst werden. Bei dieser Darstellung handelt es sich um eine völlig Entstehung g e f ü r d e t i m C o l l a t o. Schon die Zeitsetzung der *Regnatur* der angeblichen polnischen Herrschaft über Dusin-Markiewicz auf das Jahr 994 ist eine willkürlich Annahme, die sich auf eine rechtshistorische Quelle stützt. Zutreffend ist nur, daß etwa von der ersten Jahrtausendwende an einiger polnischer Herrscher der Name gebildet und bislang auch der Verlust gemacht haben, ihrer Herrschaftsverweise vom Westland aus nach Osten auszudehnen und zur Küste vorzudringen. Aber wenn Wladislaus der Würde auch, wie es schreibt, freundlichstige Verträge mit dem in Danzig residierenden ostpreußischen Fürsten gepliegt hat, so deutet doch nichts auf ein ungern oder gar Abhängigkeitsverhältnis

Ostpreußen in Großpolen hin; und auch aus der Tatfrage, daß im Jahre 1123 das Land zwischen Leba und Weichsel der Diözese Riga wien, deren Bischofssitz Wielocław war, zugesetzt wurde, herabtretend keineswegs zu der Annahme eines polnischen Hoheitsverhältnisses gegenüber Ostpreußen, zumal die Christianisierung dieses Landes nicht durch polnische, sondern durch deutsche Mönche erfolgt ist. Wenn damals ein polnischer Herrscher wirklichen Anspruch auf Ostpreußen erhoben hat, dann hat dies die slawischen Volksstämme, die etwa seit dem 6. Jahrhundert n. Chr. das Gebiet zwischen Oder und Weichsel bewohnten, offenbar recht wenig gekümmert. Auch die politische Geschichtsforschung kommt nicht um das Bekennens herum, daß die „Herrschaft Polens über Pommern“ in 11. bis 13. Jahrhundert nur vorübergehend und recht bedeutungslos gewesen sein kann. Die Herzöge von Ostpreußen haben ihre Unabhängigkeit gegenüber Polen mehr als einmal erfolgreich verteidigt. Doch das Land von Polen tatjählig unabhängig war, geht sehr deutlich daraus hervor, daß es nach dem Ende des letzten kinderlosen Herzogs von Pommern im Jahre 1294 nicht etwa als erledigtes Leben ohne weiteres an Polen fiel, sondern nur deshalb Eigentum des großpolnischen Herzogs Przemysł wurde, weil es diesem durch eine *donatio inter vivos* im Jahre 1282 geschenkt worden war, wobei zu bemerken ist, daß sich diese Schenkung nur auf einen Teil Pommerns beugt. Als Polen im Jahre 1294 leinen durch diese Schenkung begründeten Anspruch geltend zu machen begann, wurde die Festigung seiner pommerschen Herrschaft durch innerstaatliche Wirren verhindert, die im Jahre 1309 zu dem Rückzug der Polen (und Brandenburger) aus Pommern und zur Belagerungsfestigung des Landes durch den Deutschen Orden führten. Es ist demnach eine glatte Fälschung, wenn Dunin-Markowicz für die Zeit von 994—1208 kurzweg behauptet, „Pommerns gebürtige zum Besitz des polnischen Staates“ oder wenn in einer der in englischer Sprache verfaßten Propagandaabrochüren dieser Absthalt der pommerschen Geschichte einfach mit den Worten abgetan wird: „At the beginning of the 11th century the Polish King Bolesław the Ruthenian (Wolradus) I became enfeoffed by the heretic Koriolus Borodino under a zepter.“ Die Vereinigung aller westslawischen Gebiete unter einer Gewalt ist wohl ein Traum einiger polnischer Hersteller, die kaum Ordnung im eigenen Hause zu halten vermochten, aber niemals eine historische Tatfrage gewesen.

Mit dem 1308 begann dann die zweite Periode der pommersch-litauischen Geschichte, die Zeit des Deutschen Ritterordens und der endgültigen Einverleibung des Landes in den deutschen Kulturräume. Doch ist zu bemerken, daß der Orden bereits vor 1282 in den Gebieten Dirksburg und Mewe Fuß gesetzt hatte. Dünin-Märkische besitzt in seiner schematischen Darstellung des Gebietshistoriells Pommerschens die Zeit der Oberschreibstift als wohl polnisch und bald deutsch. Er will damit andeuten, daß die Besiegerehrung Pommerschens durch den Orden von Polen niemals als rechtswidrig anerkannt und die Zugehörigkeit zum Deutschen Ordensstaate von Polen nur als „eine vorübergehende Begegnung der Kreuzritter“ aufgelöst werden solle. Er hat dabei, wohl mit Absicht, den Kaiserlichen Vertrag von 1343 übersehen, in dem Kujawien der Große von Polen für sich und alle seine Nachfolger auf alle Ansprüche auf Pommerschen Jura auf das Culmer- und Mühltauer Land zugunsten

des Deutschen Ordens sträflich verurteilt. Nach Dunin-Motkiewicz ging die Zeit der Ordensherrschaft über Pommernelien schon im Jahre 1454 zu Ende. „Gon Pommereilen“, sagt er, „wurde wieder in den Verbund des polnischen Staates eingegliedert.“ Auch ist das nicht richtig. Denn zunächst ist Pommereilen, wie erwähnt, in früheren Zeiten niemals wirklich ein Bestandteil des polnischen Staates gewesen; es kann auch keine Rede davon sein, daß es im Jahre 1454 „wieder“ in den Verbund des polnischen Staates eingegliedert worden sei. Außerdem ist das Jahr 1454 als Zeitpunkt für das Ende der pommerschen Ordensherrschaft nicht richtig gewählt. In diesem Jahr hat zwar ein Teil der Preußischen Stände dem Orden den Gehorsam aufgekündigt und dem König Kazimierz von Polen die Unterwerfung ihres Landes angetragen; aber er ist nach dreizehnjährigen Kriegen, in denen die Polen das Land furchtbar verheerten, war die Kraft des Ordens gedrohlos. Erst mit dem 2. Thorznar-
Stieden von 1466 ging Pommereilen dem Orden verloren.

Aber das Land bildete auch nach 1466 noch lange nicht, wie Danzig-Marienwerder beobachtet, einen untrüglichen Teil Polens bis zum Jahre 1712, als Preußen, Russland und Österreich gemeinsam dessen erste Teilung durchführten. Es kann nicht sofort und nicht häufig gewagt werden, daß Pommerellen auch nach dem Thorner Frieden noch über ein Jahrhundert lang keinen Teil des polnischen Staates gebildet hat, sondern ein selbständiger, mit Polen nur durch das gemeinsame Staatsoberhaupt, d. h. durch die Person des Königs, verbundener Staat gewesen ist, der die Beschlüsse des polnischen Reichstages gebunden war und dessen Stände sich mit Leidenschaft gegen die thron bald einstehenden polnischen Alliierungsversuche ausgeschlagen haben. Erst durch den Rechtsbruch des Lubliner Reichstages von 1569 verlor das Land seine Selbständigkeit gegenüber dem polnischen Staate. Gegen den beharrlichen Protest der Preußischen Stände wurde damals die Personalunion in eine Realunion erweitert. Schließlich war den Preußen, mit der Danziger Schriftsteller Gottfried Lessing sich ausdrücklich, nicht als der bloße Name („Königliche Preußen“), nicht als die deutsche MutterSprache und ein trouvés Andenkens ihrer napoleoniens Freiheit.

Wir fassen noch einmal zusammen: Die Behauptung der polnischen Propaganda, daß das heutige Korridogebiet von 994 bis 1038 und dann wieder von 1454 bis 1772 einen Bestandteil des polnischen Staates gebildet und daß die Zeit des Ordens und der preußischen Herrschaft gewissermaßen nur eine gewaltsame Unterbrechung der königlichen Zu-

gehörigkeit des Landes zu Polen dargestellt haben, steht in vollem Widerspruch zu den geschichtlichen Tatsachen. Das Korridergebiet hat trotz der mehrfachen Annexionserfolge großpolnischer Herrscher bis Ausgang des 1. Jahrhunderts an sich gegen Ende des 14. Jahrhunderts nur vorübergehend einmal in einem solem Abhängigkeitszustand zu Polen gestanden. Es ist dann von 1294 bis 1308 nach dem Aussterben des polnischen Herzogshauses ein Streitobjekt zwischen Brandenburg, Polen und dem Deutschen Orden gewesen und hat dann 157 Jahre lang einen Teil des Ordensstaates gebildet und in dieser Zeit seine erfreute Größe erlebt. Es hat von 1466 an 153 Jahre hindurch ein autonomes, in seinem Weisegesetz wohl durchaus deutsch bedingtes Staatswesen gebildet und ist erst im Jahre 1569 durch Rechtsbruch zum erstenmal in der Geschichte dem polnischen Staat für die Dauer von 203 Jahren, die die schlimmste Leidenszeit seiner ganzen geschichtlichen Entwicklung darstellen, unterstellt worden. Dann hat es, nachdem es im Jahre 1772 durch Friede mit den Grossen von der polnischen Machtlosigkeit und Fremdbesitzung befreit worden war, 147 Jahre lang zu Preußen gehört und in dessen Staatsverband nach dem Rückgang in polnischer Zeit seinen zweiten kulturellen und wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Wenn man das Jahr 1000 als Ausgangspunkt nimmt, ist also das pommerellische Korridergebiet etwa 300 Jahre lang unter eignen Fürsten thierhaft gewesen; es hat etwa 410 Jahre hindurch unter deutscher Führung gestanden (wobei als Ordensstaat, dann als Königliches Preußen, schliesslich als Teil des Preussischen Staates); nur etwa 200 Jahre hat Pommern selbst zu Polen gehört.

Aber jetzt wenn das pommerellische Rittergilde nicht nur zwei, sondern, wie Dünin-Markiewitz es darstellt, mehr als sechs Jahrhunderte in Polen gebürtig hätte — was will das schon heißen? Das Besitzrecht an einem Lande wird ja nicht nur an der längeren oder kürzeren Zeitspanne gemessen, die es zu diesem oder jenem Staate gehört dort, sondern in erster Linie an der Tugend, die ein Volk in einem Lande herausgebracht hat. Und da gibt es unter ererbten Menschen wohl keinen, der die Überlieferung der deutscheren Kulturlieftung bestreitet. Was haben die Polen während der zwei Jahrhunderte ihrer Herrschaft aus Pommern gemacht? Ein verdientes Land, das von verstaubten Menschen bebaut war, vertriebene Städte, in denen sich kaum noch eins Spur des alten Bürgertums der Ordenszeit fand, ein mit Jägern getrenntes Reich, eins aus allen Jägern geordnete Ordnung — sind das die „Erzeugnisse“, mit denen das Polen die Besitzrechte an den geworbenen Gebieten nachweisen wollen? Westfalen hat einen Vergleich der deutscheren Kulturlieftungen im umstrittenen Lande in keiner Sicht zu führen. Man kann es versuchen, doch die politische Propaganda eine kulturelle Begegnung ihrer Ansprüche vermeidet. Dr. R.

WATKINS

Ein englisches Urteil über den Korridor.

Im Dezember vorigen Jahres erschien in einer der angesehensten englischen Zeitschriften „The Nineteenth Century“, Nr. 655, ein langer Artikel von William Harbutt Dawson, einem Engländer, der seinerzeit in Berolles gelegentlich als Sachverständiger für die deutsch-polnischen Grenzfragen zugesehen worden war, sich damals aber gegen die bevorzugten Ansichten des Präsidenten Wilson, wie den amerikanischen Professor Ford und den polnischen Agenten Romuald, nicht hatte durchsetzen können. Dawson berichtet in seinem Artikel über die Ergebnisse einer längeren Studiereise, die ihn vor allem an der deutschen Ostgrenze entlang geführt und mit zahlreichen Menschen dieses und jenseits der Grenze in persönliche Verbindung gebracht hat. Er kommt daher mit Recht über die Leute sprühen, die den Vertrag von Versailles am Schreibschrank, in einem bequemen Stuhle sitzend, durchlesen, „anstatt sich über seine Auswirkungen an Ort und Stelle zu unterrichten. Wir hatten seinerzeit im „Ostland“ schon auf Donsions Arbeit hingewiesen, geben in nachstehendem jedoch mit Rücksicht auf das klare Urteil, das der Engländer über die wichtigsten Problemstellungen der Ostgrenze fällt, einige weitere Auszüge wieder. (Der Artikel ist ursprünglich auch in deutscher Übersetzung erschienen als Sonderheft der Wehrheimschrift „Der Deutsche Weg“ in Köln.) Dawson schreibt u. a.:

„Europa hat in der Vergangenheit manche weitgehenden Umwälzungen erfahren, doch da in Zeiten geschehen, wo die politisch-polizeiliche Lage dauernden Wandlungen unterworfen war und die kulturellen Zustände mehr oder weniger in ihren Ausgangen lagen, so bedeuteten solche Verbrechenswogen, selbst wo sie das Ergebnis von Kriegen waren, doch höchst kulturelle Fortschritte. Die durch den Vertrag von Versailles erzwungenen Annexionsabgängen bedeuten die Auflösung von alten, hochentwickelten und blühenden Gemeinschaften, die Vernichtung der wirtschaftlichen Einheit und des Zusammenhangs weiter und dicht besiedelter Gebiete, die allgemeine Zerstörung der gültigen Gleichgewichtes des Dreiecks: Industrie, Landwirtschaft und Handel. Sie bedeuten den Ruin für den Kaufmann, den Händler und den Arbeiter in gleicher Weise und führen sowohl Stadt wie Land in Verarmung und Elend.“

Zeichen der alten Blüte aus der Zeit der preußischen Herrschaft sind in den entstehenden Gouvernementen natürlich noch in großer Zahl unter der neuen Verwaltung vorhanden, genau wie die Münze eines Landes unabgeändert weiter im Umlauf bleibt, obgleich ihr Wert und die Pracht auf dem die Währung herstellt, erträglicher geworden sind. Aber

der Wohlstand verschwindet. Die polnische Verwaltung lebt von dem wirtschaftlichen und kulturellen Kapital, das durch Generationen hindurch von Deutschen geschaffen worden war. Kleinland, der den Korridor heute kennt, weiß jetzt daran, daß dieses Kapital ständig weiter aufgesetzt wird. Wenn man Deutschlands Anspruch auf Rückgabe des Korridors auf die Kulturarbeit gründet, die dort von Deutschland geleistet wurde, so ist sein Anspruch meiner Meinung nach unanfechtbar. Was im Laufe der Jahrhunderte aus diesem Gebiet wurde, was es heute ist, ist einzig deutscher Regie, deutscher Besiedelung, deutschem Unternehmungsgenuss und Fleiß und deutscher Aufopferung zu verdanken. Deutsche haben das Land befreit, als es öde und leer lag. Deutsche haben es zuerst erschlossen. Deutsche haben ihm Kultur und Wohlstand. Hieraus jagen die Polen und Angehörige jahrzehntelanger Rassismus ihren Rügen, zunächst in abhängiger Stellung, später in Grausambehandlung mit den Deutschen...

drohung des Friedens; da er doch früher oder später von Polen wird aufgegeben werden müssen, so könnte Polen seinen eigenen Interessen nicht besser dienen und Europa keinen höheren Dienst leisten, als wenn es einer Wiederaufrichtung justiziert, solange eine freundschaftliche Föderation möglich ist, unter der Bedingung, daß Polen die südlichen Oderdörfer behält (hiermit meint Danzig wohl einen Teil des Polnischen Landes) und daß ihm alle für seine Schiffahrt und seinen Handel notwendigen Erleichterungen gewährt werden... Man muß zugeben, daß die Schwierigkeiten, die Korridorfrage beiseite zu lassen, jetzt größer sind als vor 10 Jahren; noch eingedenkm der Frage jedoch sind bis in überzeugt, daß für das Können und den Willen unserer Staatsmänner nicht unüberwindlich sind, wenn erst einmal die übertrappende Notwendigkeit der Regelung dieser Frage für den europäischen Frieden erkannt wird und sich erst in der Welt allgemein den Ernst dieser Erkenntnis bedenkt worden ist.

**Unterstützt die Arbeit des Deutschen
Ostbundes durch Werbung neuer
Mitglieder und „Ostland-Breieher“!**

Der Deutsche Ostbund und die Todesurteile des Sondergerichtes in Beuthen O.-S.

Wie wir schon in der letzten Nummer kurz mitgeteilt haben, hat das Präsidium des Deutschen Ostbundes bezüglich der fünf Todesurteile des Sondergerichts in Beuthen O.-S. Eingaben an die zuständigen Stellen gerichtet, in denen es um die Berücksichtigung der gegen befürdete gelegerten national-politischen Verhältnisse in Oberösterreich gebeten hat. In einer Eingabe an Oberbürgermeister Dr. Bracht, den Stellvertretenden Reichskommissar für Preußen, hat es ausgespielt:

Sehr verehrter Herr Reichskommissar!

Bei der Erledigung der Anträge auf Beugabung der von dem Sondergericht in Beuthen (Oberösterreich) gegen Ermordung des Arbeiters Pietrucha in Polen verurteilten Angeklagten erlauben wir uns um wohlwollende Berücksichtigung der nachfolgenden Gesichtspunkte durch Sie und die anderen beteiligten Stellen zu bitten:

Von Seiten der Verteidigung der Angeklagten ist in der Gerichtsverhandlung schon darauf hingewiesen worden, daß bei der physiologischen Beurteilung der Straftat die eigentlich gelegerten national-politischen Verhältnisse insoferne berücksichtigt werden müssten, als der Ermordete ein Mann von national-politischer Gesinnung gewesen sei, der sich auf polnischer Seite an den politischen Aufständen beteiligt habe, bei denen zahllose Grausamkeiten gegen deutsche Männer und Frauen in großer Zahl begangen worden sind, worüber erschütterndes amtliches Material vorhanden ist. Seit jener Zeit ist eine starke Erbitterung zwischen der deutschen und polnisch gebliebenen Bevölkerung in Oberösterreich vorhanden, die an deutscher Seite dadurch geleitert worden ist, daß seiner Zeit jene Polen, die während der Aufstände die schlimmsten Grausamkeiten gegen die deutsche Bevölkerung verübt haben, durch die Amnestie freigesprochen sind. Die Erbitterung der deutschen Bevölkerung in Oberösterreich ist weiter gesteigert worden durch die schlimmen Terrorakte, die vor den letzten politischen Wahlen in Oberösterreich gegen die deutsche Bevölkerung verübt worden sind, wobei viele Deutsche Leben und Gesundheit eingebüßt haben.

Wir sind weit davon entfernt, blutigen Terror in Schutz zu nehmen, gleichviel, von wem er verübt wird, bitten aber als Interessenvertretung des österrömischen Deutschlands, bei der Frage, ob das Deutsche Codesurteil ausgefügt oder durch einen Grauen akt abgemildert werden soll, die oben kurz dargelegten Verhältnisse zu berücksichtigen. In weiten Kreisen, auch derjenigen Bevölkerungsschichten, die harte Maßnahmen wegen des blutigen Terrors für notwendig halten, würde man es schwer verstehen, wenn früher polnische Überster wegen bandenmäßiger Grausamkeiten gegen Deutsche, die man wegen ihres Deutschstums gemartert und ermordet hat, in großer Zahl freigesprochen sind, während jetzt Deutsche hingerichtet werden sollen, die jut Zeit der Begehung der fraglichen Straftat kaum haben wissen können, daß etwa eine Stunde vorher eine Verordnung in Kraft getreten ist, durch die für verartige Straftaten die Codesurteile eingefügt werden ist.

Das Gesamtpräsidium des überparteilichen Deutschen Ostbundes, dem Mitglieder der verschiedensten Parteien angehören, hat einstimmig beschlossen, Ihnen, hochverehrter Herr Reichskommissar, die obige Bitte um Berücksichtigung der national-politischen Verhältnisse in Oberösterreich vorzutragen, bitten dringend um Berücksichtigung dieser Bitte und wäre für einen möglichst baldigen Bescheid dankbar.

Abschluß dieser Eingabe sind mit besonderen Anfragen die Herren Reichskanzler von Papen und dem preußischen Justizminister mit der Bitte um Berücksichtigung überliefert worden.

In den Eingaben ist vermerkt worden, auf die juristische Seite der Strafe irgendwie einzugehen. Wir haben uns lediglich darauf beschränkt, die dringende Bitte auszufordern, daß bei den Entschließungen, die bezüglich der Anträge auf Beugabung vor dem Sondergericht in Beuthen, Oberösterreich, gegen Ermordung des polnischen Arbeiters Pietrucha in Polen verurteilten fünf Deutbundern berücksichtigt werden mögen, weil hier Ausnahmeverhältnisse vorliegen, wie sie in anderen Teilen des Reiches nicht in Betracht kommen. Wie vorgedroht ist eine eingehende Erörterung der Angelegenheit im Gesamtpräsidium des Deutschen Ostbundes vorausgegangen. In den Streit der Parteien, der sich um diese Angelegenheit im Gesamtpräsidium der Parteien, der sich um diese Angelegenheit entflossen hat, hat sich das Präsidium des Deutschen Ostbundes in keiner Weise einmischen. Es heißtt, daß von den zuständigen Stellen des Innern aus die national-politischen Verhältnisse in Oberösterreich berücksichtigt werden würden. Wir können feststellen, daß unsere Mitglieder, gleichviel, auf welchem Parteipunkt sie stehen, volles Verständnis für das Vorhaben der Bundesleitung haben, wie das Echo der diesbezüglichen Veröffentlichung in der vorigen Kartei beweist.

Was die Anträge auf Wiederaufnahme des Verfahrens in der oben erwähnten Prospekte anlangt, so sind wir überzeugt, daß sie durch die zuständigen Instanzen eine objektive Würdigung und Erledigung finden werden.

Das hohe Ansehen der deutschen Rechtspflege ist ein Rechtszug, das nicht hoch genug geschätzt werden kann und das zu den sichersten Fundamenten des Staatslebens gehört. Darum sollte auch in ererbter

Streit der Parteien davon hold gemacht und nichts getan werden, was das Aufsehen der deutschen Rechtspflege im In- und Auslande zu beeinträchtigen geeignet ist.

*

Die „Rössler Post“ schreibt in Nr. 236 zu dieser Stellungnahme des Deutschen Ostbundes u. a.:

Durch diese kleine Intervention hat der Ostbund die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit in Silesien Beuthen auf ein ganz neues, bisher noch wenig beachtetes Moment gelenkt. Ganz genügt ist auch der Ostbund sich in der Beurteilung jedes Gewalt- und Blutat mit allen rechtbeobehrenden und friedliebenden Deutschen vollkommen eing, nur steht er, unabhängig zunächst von dem Beuthener Fall, auf dem durchaus verständlichen Standpunkt, daß grenzläufige Exzesse politischer Art anders zu wägen und zu beurteilen sind, als jene irgendwo im Reich.

Hier an der Ostgrenze handelt es sich bei der seit 1919 fast alljährlichen Zusammenstoß zwischen Deutschen und Polen in den allermeisten Fällen weniger um die Ausstromung innerpolitischer Parteitreibkeiten, als vielmehr um einen ständigen Grenzkampf zwischen dem Deutschen und Polentum. Will man die ungeliebte Tat von Potempa richtig einfaßten und beurteilen, dann darf man dieses Moment nicht ganz außer acht lassen. Das „Polentum“, das hier in Oberösterreich vertreten durch zum Kommunismus gehörige politische Gruppen, ist ja, wie frühere Juristen – höhlich hier dem nationalen Deutschtum, das seine Hauptstätte in den SA- und SS-Verbänden des RSDP, gefunden hat, mit erbitterter Feindseligkeit gegenüber. Nicht um die Tormachthaltung deutscher Rechts- und Linksparteien geht es hier, sondern um den Polenskampf des gesamten Deutschstums gegen das nachhaltigste Polentum, zu dem sich allerdings dann auch noch der Kampf des deutschen Nationalbewußtseins gegen den marxistisch-moskauischen Internationalismus gesellte. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet aber erhält man von der Tat an dem ehemaligen Juristen und politischen Revolutionär Pietrucha, die wie geagt, jeder rechtlich denkbaren Mensch verurteilten kann, dann doch ein ganz anderes Bild, jumal dem Verbrechen nach dieser Tat, dem auch Blutstropfen vorangegangen ist. Bleibt also die Blutstropfen an sich, so kann noch von „Habs“ abgesehen und zu verurteilen, so erscheint sie doch in einem weniger trüben Lichte, jumal auch die Taten für Beugabung ihrer Tat als die verhältnismäßig Strafbelastungen der Kotsordnung vom 9. August noch gar nicht bekannt gewesen sein sollen. Bei Berücksichtigung aller dieser bisher erwähnten Umstände, aber durch ein Eintrittur für eine Wiederaufnahme des Verfahrens kann für eine Beugabung der zum Ende Verurteilten wohl gerechtfertigt erscheinen. Ihre Tat soll nicht entstellt, wohl aber nach den heutigen Umständen und Verhältnissen gegebenenfalls milder beurteilt werden.

Wollt das grenznahe Deutschland gerade im Osten unter der fortgesetzten Anwendung politischer Elemente zu leiden, das möglicherweise in dieser Zusammenhang noch ein anderer Fall darum, der sich hierfür kürzlich an anderer Stelle der Ostgrenze im Kreise Jägers vertragen hat und der sehr leicht noch der einen oder anderen Seite einen ähnlichen Ausgang hätte nehmen können, wie der Fall Potempa. Dorthin überließ ich jede Verantwortung einem kleinen Abteilung eines Sondergerichtes eine starke politische Bande eine kleine Abteilung eines Sondergerichtes eine starke politische Bande eine mit Prügeln und beworfen sie mit faulgrauen Steinern, so daß ein Teil der SS-Deutschland vertrieben werden, vom Platz geholt werden mußte. Erst als die SS-Deutschland Verstärkung erhielten, flüchteten die Polen auf die Straße, wo sich nunmehr ein Schlägerei entspann, bei der die Polen mit Sorken, Dreiflaggen und Sanktlatzen gegen die Deutschen vorgingen. Erst durch das energische Eintrittur der Polizei fand die Schlägerei ein Ende. Unter dieser Vorfall diktirte beworfen, daß politische Zusammenstöße an der Ostgrenze anders zu bewerten sind, als das noch üblichen Säulen. Hier handelt es sich eben leichtenfalls um Grenzlandkampf im Nationalen Schießbehaftung, das zum allgemeinen Kriege, der in Finnland in eine Grenzkampf und den dort zusammenhängenden Unabhängigkeitskrieg zwischen Deutschland und dem Deutschen eng verknüpft sind. Mögen solche Grenzgefechte den meisten Fällen glimpflicher ablaufen, als der Fall Potempa, aufzuhören werden sie bestimmt erst dann, wenn der Grenzstreit im Osten niedergemacht worden und das deutsche Volkstum im Osten in seinen Lebensrechten nicht mehr bedroht und geschmälerkt ist.“

Wendische Studenten.

Seit einiger Zeit halten sich Studenten des pädagogischen Instituts der Technischen Hochschule in Dresden auf Einladung der Warschauer Regierung befürde meiste in Polen auf. Es handelt sich um Angehörige der sogenannten wendischen Minderheit, also um deutsche Staatsbürger. Diese Deute befinden sich in Polen – wie man hört – in einer Weise, die es geboten erscheint, daß nach ihrer Rückkehr etwas naher in Augenschein zu nehmen. Schon die Tat, daß sie Säule der polnischen Regierung sind, charakterisiert Sinn und Zweck ihres Aufenthaltes vor Genossen,

Geflüchtete Freundschaft.

Seitdem Herrscher in Frankreich an der Regierung ist, scheint das französisch-polnische Verhältnis etwas kühler geworden zu sein. Nicht etwa, daß Herrscher eine Antipathie gegen die Polen empfände; im Gegenteil: er hat in früheren Jahren als Ministerpräsident, Parteiführer und Privatmann häufig genug seine Polenfreundschaft zu erkennen gegeben. Er ist auch Franzose genug, um sich den Trümpf, den ein Zusammengenügen mit Polen gegen Deutschland bedeutet, nicht so ohne weiteres aus der Hand nehmen zu lassen. Aber die Verhältnisse weingen ihn, sich in seiner Freundschaft zu Polen einige Zurückhaltung aufzuverlegen, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet. Das hat man in Polen überwiegend. zunächst sind da die Schwierigkeiten, die Frankreich den Polen bei der Eisenbahn anbietet. Damit ist auch das französisch-polnische Kapital der allgemeinen Nutzung des Auslandskapitals, sich aus Polen zurückzuziehen, gefolgt. Ferner ist da mehr als unaufreundliche Haltung der französischen Regierung gegenüber den polnischen Emigranten, die sie in Massen über die Grenze obgleicht sind, soweit sie schon französische Staatsangehörige sind, an der Ausübung ihrer nationalen Minderheitsrechte behindert. Schließlich erinnert man sich in Polen auch noch daran, daß der Vorausdeportationsplan Tardieu auf die polnischen Winzher keine Rücksicht genommen hatte; und man ist durchaus noch nicht im klaren darüber, wie sich etwa das Diktat, das Österreich in Lautanne aufgerufen worden ist, und dessen weitere Folgen auf Polen auswirken werden. Man ist in Warschau über all die Nahmehren Frankreichs, die die seit Jahren gewohnte weitgehende Rückständigkeit auf den polnischen Bundesgenossen vermeintlich vorhersagten, verblüfft; man ist misstrauisch geworden, zumal man mehr als je Grund zu haben glaubt, eine deutsch-französische Annäherung jüchtigen zu müssen.

Daraus erklären wir wohl die verschiedenartlichen Versuche der Warschauer Regierung, sich von der einseitigen Auseinandersetzung an Frankreich zu lösen. Es hat auch früher schon derartige Versuche gegeben; es ist damals aber stets bei erfolglosen Anläufen geblieben. Ob diese Versuche, sich auf die eigenen Sätze zu stellen, diesmal weiter geführt werden, läßt sich nicht sagen. Innerhalb ist die endgültige Befreiung der polnischen Armee von der Bevormundung durch die französische Militärmission, die bekanntlich am 1. August Polen verlassen hat, als ein Schritt in dieser Richtung zu werten. Ein weiterer Schritt ist die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit England gewesen; das eigentlichste Vorzeichen der Warschauer Regierung in dieser Angelegenheit hat indes nur in Bukarest, sondern auch in Paris lebhaften Unwillen erzeugt. Schließlich hat Polen seine schon im Jahre 1930 aufgenommenen, damals über sehr bald wieder ins Sende verlaufenen Verträgebenen, sich zum Süden der ostpreußischen Ackerstaaten aufzunehmen, erneuert.

Auf Einladung der Warschauer Regierung haben sich am 22. August in Warschau die Vertreter von acht ost- und südosteuropäischen Staaten zu einer neuen Alltagkonferenz versammelt. Es waren vertreten: Thailand und Cettland, Polen und die Tschechoslowakei, Ungarn, Südmännen, Rumänien und Bulgarien. Während die früheren gemeinsamen Versprechen des Ostpreußlandes unter polnischer Führung in erster Linie dazu bestimmt waren, eine habsburgische Einheitsfront gegenüber Deutschland zu führen, hat Polen diesmal den Vertrag unternommen, die Oststaaten als Schuldnerländer zu einer gemeinsamen Front gegen die west-

lichen Gläubiger mächtig zusammenzufassen. Der frühere polnische Finanzminister Matulowski begleitete die Eröffnung der Konferenz in den offiziellen „Sopoto-Polka“ mit einem demokratischen Kommentar, in dem er u. a. sagte: „Die Absicht, durch Fortsetzung der Agramspur den jüdischen Industrieproleten die Spalte zu bilden, ist, wie die letzten Jahre gezeigt haben, außerordentlich gering. Aber eine andere Waffe bleibt den Agramländern. Sie alle sind gleichzeitig auch Schuldnerländer. Sie müssen jetzt erklären: Wenn sie auf den Märkten der Gläubigerstaaten nicht bevorzugte Bedingungen für den Absatz ihrer Produkte erhalten, so können sie auch ihre Schulden nicht mehr in der bisherigen Weise bezahlen. Es muß also eine entsprechende Fortsetzung zwischen den Gläubigern und Schuldern erfolgen.“ Damit ist die Absicht, die Polen auf der Warschauer Konferenz verfolgt hat, sehr eindeutig festgelegt worden. Polen hat aus den Erfahrungen der letzten Jahre gelernt, daß es kaum möglich ist, die Agramländer als Przedusjenten, die auf ihren unverkäuflichen und fortwährenden Erzeugnissen stehenden, zu einer einheitlichen Haltung gegenüber den mittel- und westeuropäischen Industriestaaten zusammenzugeben, weil die Bevölkerung für jeden einzelnen, unregelmäßigeren Sondervertrag will, um das gemeinsame Front auszubrechen, immer so groß ist. So hat Polen bislang einen anderen Weg gewählt: Es appelliert an die Solidarität der östlichen Agramländer als von gleichen Schicksal betroffene Schuldner, die es dazu zu bewegen versucht, ihre Schulden nur dann zu beglichen, wenn ihnen die Gläubiger entsprechende handelspolitische Vorteile, d. h. eine Vorortbehandlung für ihre Produkte und ihr Holz zu gewähren bereit sind. Das ist ein Vertrag, der, wenn er Erfolg hätte, nach Lage der Dinge auf die Bildung einer von Polen geführten ostpreußischen Gemeinschaftsfront gegen Frankreich, als dem Hauptkreditgeber der Oststaaten, hinzuwachsen müßte. Ubrigens hat es sich bei diesen Bewegungen Polens auf der Warschauer Konferenz nicht doch um einen theoretischen Vorfall gegen Frankreich gehandelt, sondern um den sehr realen Verfall, die Ostpreußland, nunmehr die Donauländer, kurz vor der Konferenz von Stresa in einen Gegensatz zu Frankreich hinzumaneuvierten. Wenn in Stresa will Frankreich das in Lautanne mit der östlichen Ostpreußland begonnene Werk der Organisation des Donauraumes fortsetzen. Polen fürchtet nicht ohne Grund, daß dies in den französischen Donauplänen nicht der von ihm beanspruchte Platz eingeräumt werden wird. Es will sich aber nicht durch eine Südbündesföderation etwa im Sinne Tardieu's wirtschaftlich und politisch aus dem Donauraum ausschließen lassen. Wenn man das alles bedenkt, dann könnte es so scheinen, als ob man demnächst in die Lage kommen könnte, das interessante und neuartige Schauspiel eines französisch-polnischen Machtkampfes um die Führung in europäischen Südosten zu erleben, wobei Deutschland diesen Ereignissen wohl mit gebundenen Händen zusehen mußte, da ja die Regierung von Polen in Lautanne durch ihre polnische Haltung das Ostlandkommen eines Südbündes-Vorstoß ermöglicht hat. Es ist kein Zweifel, daß sich das französisch-polnische Verhältnis merklich abgesetzt hat und daß die beiden Bundesgenossen seit einiger Zeit manches aneinander auszutauschen haben. Über einen verbleibenden Südbund ist nun wieder: der bleibende, beiden gemeinsame Gegensatz gegen Deutschland, das, wie sie fürchten, aus ihrer gemeinsamen Entfremdung nur Nutzen ziehen könnte.

Die Danziger Kontingente.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat neben anderen an den hohen Kommissar des Völkerbundes einen Antrag auf Sicherung der Danziger Kontingente gerichtet. Danzig hat noch dem Warschauer Abkommen, das die Wirtschaftsunion zwischen der Freien Stadt Danzig und Polen begründet, bekanntlich das Recht, zu bestimmen, welche Höchstmengen vom Warens mit Zweck des Verbrauchs ihrer eigenen Bevölkerung sowie für den Bedarf der eigenen Industrie, der eigenen Landwirtschaft und des eigenen Handwerks im Rahmen der Produktionsfähigkeit noch oder vom Gebiet der Freien Stadt Danzig zur Ein- und Ausfuhr zugelassen werden können. Von diesem Recht hat Danzig seit 1922 Gebrauch gemacht. Es hat jedoch durch Vereinbarung mit Polen die unangemeldeten Höchstmengen im Laufe der Jahre allmählich so weit herabgesetzt, daß sie im Jahre 1931 nur noch etwa die Hälfte der anfänglichen Mengen betragen haben, da sich die Danziger Wirtschaft allmählich der politischen anpaßte und die politische Industrie sich entwickelte, daß sie die Bedürfnisse Danzigs zum Teil befriedigen konnte. Polen will jedoch die Danziger Kontingente, die der Danziger Wirtschaft eine gewisse Selbständigkeit gegenüber Polen verleihen, völlig befehligen haben. Es hat aus diesem Grunde zunächst im vergangenen Jahre seinen indirekten Kampf gegen die Danziger Kontingente eröffnet, indem es seinen bekannten Boykottkampf gegen die Waren Danziger Ursprungs einleitete, der sich auf dem Bismarck gründet, daß die von Danzig nach Polen eingeführten Waren solche Kontingentwaren, deren Einfuhr nach Polen unterliegt ist, enthalten. Darüber hinaus hat Polen am 1. April auch einen direkten Angriff auf die Danziger Bedarfskontingente in städtischer Form eingeleitet, indem es durch Verordnung vom 26. März Einfuhrhöchststufen festsetzte, denen auch die

Danziger Kontingentwaren unterworfen sind. Da diese Höchststufe nun in ihrer Wirkung einem Einfuhrverbot gleichkommen, ist der Freien Stadt in hohem Maße die Möglichkeit genommen, ihre an sich ungelösten Kontingente auszuhöhlen. Die Waren, die Danzig auf Grund obiger Bestimmung des Warschauer Abkommens für seinen eigenen Bedarf einzuführen berechtigt ist, werden durch die neuen polnischen Höchststufe, die ja auch auf das in Lautanne mit Polen lebende Danzig Anwendung findet, derart verfehlt, daß ihre Einfuhr unmöglich wird.

In weitem Maße die Danziger Einfuhr durch die Zollpolitik Polens abgewehrt werden ist, geht daraus hervor, daß der Abruf der Danziger Kontingentwaren in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten der Maximalpille, also in der Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni d. J., auf weniger als 10 v. H. der Mengen, die als normale Höchstmenge durch das Zeitschriftenjahr festgestellt sind, und auf weniger als durchschnittlich 20 v. H. der sechzehn Abräts im letzten vorangegangenen Biesteljahr gesunken ist. Die „Berliner Wörterzeitung“ gibt eine Reihe von Beispielen für die verherrliche Wirkung des polnischen Maximalpilles, die aber durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt: Beleuchtungskörper 1. V. sind durch die Maximalpille mit 200 v. H. und mehr des Einlandspreises belastet, die jedoch ihr Abzoll ganz unterbunden ist. Die Danziger Kristallhüttelerie führt das Rohglas für ihre Fabrikation fast ausschließlich aus Deutschland ein. Die Zollbelastung beträgt jetzt für Rohglas durch den Maximalpille 550 v. H. des Einlandspreises. Sie würde die Zertifikatfabrikate um etwa 50 v. H. verteuern. Diese Zahl läßt sich für die verbleibenden Warenarten gleichzeitig feststellen. Mitteit ist sie auch, daß jetzt in Danzig eine in Polen

hergestellte Schreibmaschine zu dem außergewöhnlich hohen Preis von 465 Gl . angeboten wird, was auch nur durch die Einführung der Maximallöse möglich ist.

Dasselbe Bild zeigt ein Vergleich der auf Danziger Kontingent abgerufenen deutschen Warenmengen in den letzten drei Monaten vor und in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten der Maximallöse. Es wurden abgerufen früher 38 538 kg . später, jetzt nur 1386 kg . Peitsche früher 2974 kg , jetzt nur 65 kg . Schuhware früher 25 380 Paa , jetzt 21 Paa , so daß 1 Paa Herrenschuhstück durch die Maximallöse von 19,85 kg . auf 37,10 kg . ein Paar Damenschuhstücke von 27,50 kg . auf 53,70 kg . verteilt haben. Während früher an Sattlerwaren 365 kg . abgerufen wurden, sind es jetzt nur 26 kg . Güterlizenzen wurden durch den 1. April in einer Höhe von 5500 kg . jetzt nur in einer Höhe von 274 kg . angefordert. Gefäße und Töpferwaren sind von 20 731 kg . auf 4236 kg . zurückgegangen. Habschätziks und Erzeugnisse aus Summi von 9180 kg . auf 1409 kg . An Handwaffen wurden früher 2685 kg . jetzt nur ganze 55 kg . verlangt, da für ein einfaches Gewehr, das bisher 60 Gl . kostete, der Zoll jetzt etwa 59,10 Gl . also etwa 100 Gl . des eigentlichen Wertes beträgt. U. J. I.

Aus diesen wenigen Beispielen, die aus der großen Zahl der erhabten Zollpositionen ohne besondere Wahl herausgegriffen worden sind, um zu zeigen, daß alle Gebiete des Handels und der Industrie von der Einführung der polnischen Maximallöse betroffen werden, ist leicht der ungeheure Schaden ersichtlich, der dem Danziger Wirtschaftsleben

durch die allen Verträgen hohnsprechende Zollpolitik Polens erwächst. Dabei muß betont werden, daß die Prohibitivwirkung der Maximallöse in Wirklichkeit noch stärker ist, als sie nach den oben mitgeteilten Ziffern erscheint, da die Danziger Wirtschaft ihren Bedarf vor dem 1. April zu einem gewissen Teil gedeckt hatte, jetzt aber wieder gesperrt ist, neue Einkäufe zu tätigen. Auch durften Waren, bis die zum 31. März d. J. schon unterwegs waren, noch bis zum 14. April zum alten Zollfuss abgeführt werden. Die vollen Auswirkungen der polnischen Zollpolitik werden sich also erst in der nächsten Zukunft zeigen. Danzig hat das Recht der Verträge auf seiner Seite. Es kann verlangen, daß der eingangs zitierte Artikel des Warschauer Abkommens auch in Fällen Geltung behält, in denen Polen zwar keine Einfuhrverbote erlassen hat, in denen aber eine Erhöhung der Normalzollhälfte den Charakter und die Wirkung eines Verbots hat. Polen muß sich dazu befinden oder es muß dazu gezwungen werden, die Anwendung von Zollföhren, die einen Einfuhrverbote gleichkommen, bei der Verfolgung von Waren, die im Sinne des Warschauer Abkommens als Danziger Bedarfskontingents gelten, zu unterlassen. In dieser durch die Lage und die Bedürfnisse der Danziger Wirtschaft angegebenen Richtung dürften sich die Anträge bewegen, die der Danziger Senat jetzt an den Hohen Kommissar des Völkerbundes zum Schutz seines Kontingent-Reservats reicht gerichtet hat.

Son den Polen in Deutschland.

Die Polenrevolte in Glumen.

Der Überfall polnischer Minderheitsangehöriger auf SA-Leute in Glumen, Kreis Stolow, hat die mögliche Verbewegung der grenzmärkischen Polen in polnisches Licht gezeigt. Die Leitung der Standarte 149, die von den mit Miltzkirchen, Dreiecksgen, Gaumtallen u. m. bezeichneten Polen z. T. schwer verlegten SA-Leute angehören, hatte in ihrem ersten Bericht über die Zusammenstöße gesagt: „Kühe in unserer Heimat wird nur dann hergestellt, wenn die Staatsamtsförstschule den berüchtigten Deutschfeindem Domänski einmal etwas näher unter die Füße nehmen würde, denn das Sündenstück dieses Herrn ist so groß, daß in einem wachsthaften deutschen Staate der Mann nicht einen Augenblick länger in unserer Heimat verbleiben dürfte.“ Die Staatsamtsförstschule hat sich über das Verbrechen ihrer ersten Maßnahme — es waren bekanntlich einige Anzahl SA-Leute verhaftet worden — sehr bald orientiert. Die Unterführungen, die das Amtsgericht Stolow zusammen mit dem Schneidemüller Oberstaatsanwalt an Ort und Stelle durchgeführt haben, haben ergeben, daß die befreit und verhafteten SA-Leute „wenn nicht in Reimwehr, so doch mindestens in vermeintlicher Reimwehr gehandelt haben“, und daß dem Vorgesetzten der SA-Leute unmittelbar ein Angriff von polnischer Seite vorausgegangen ist. Auf Grund dieser Feststellungen ist dann auch auf Antrag des Oberstaatsanwaltes der gegen die SA-Leute erlassene Haftbefehl aufgehoben worden. Wie geben im folgenden aus einer weiteren Erstausgabe der Urmärkischen SA, zu der Polenrevolte in Glumen folgendes wieder: „Es stimmt, daß die SA-Leute in das Gebüst des Polenführers Domänski eingebrochen sind, aus dem sie mit Steinwürfen angegriffen wurden. Es stimmt aber auch, daß dies im Augenblick des Angriffs geschah, also in bereitgestellter Reimwehr. Es stimmt auch, daß die Polen in ihrem eigenen Gebüst nachträglich Beschädigungen vornehmen, um eine Schwul der SA-Leute zu konträren. Nur kommen jetzt wieder die Polen, die unterliegenden Gerichtsbeamten beim Koktelerstein hinter ihnen auf polnischem Trick. Der ganze Apparat des Herrn Domänski mag aufgeboten gewesen sein, um die Geiselnahme zu verdecken. Dem reichen Eingreifen der jüngsten SA-Führer ist es zu verdanken, daß dies nicht gelang. Glumen, das ist ein Grenzmarkenort hier drach es einmal heraus, was längs und wohlbereit unter der Decke schwelt. Wäre dieser Zoll auf polnischer Seite vorgekommen, hätte deutsche Bevölkerung sich in jüher Form gegen Leute etwa aus polnischem Wehrmarkenkreis vorgeworfen, so würde die ganze polnische Preß, ja die ganze Welt widerholt von polnischem Gesicht: die Ceter würden aus dem polnischen Zaubtäubern überdopt nicht mehr herauskommen, josten die Bevölkerung lieberdopt lebendig in die Hände der Behörden gegeben hätte. In Deutschland aber? In Deutschland ist die alte Mahnrede, die überfallenen nämlich die SA-Leute einzupferzen, und zit dann, wenn es gar nicht mehr anders geht, nach Lage der Tatsachen zu handeln.“

Wir erinnern uns noch recht deutlich an dieheimerzeitigen Vorfälle in Rikolitzen, wo es angeblich am SA-Leute gewesen sein sollten, die die polnische Minderheitschule betroffen hatten, und wo dann einige Polen gegenübersaßen, die sich selbst diese finstle Tortur im Schulsitz angehieben, das Durchscheinende dann photographiert und mit diesen „gestellten“ Bildern im Auslande eine niederträchtige Hetze gegen Deutschland betrieben haben. Wir erinnern uns an diese und ähnliche Vorfälle, wenn wir die polnischen Geisterseen, die z. B. die Grenzmark-Beilage der „Gazeta Ostpreussa“ oder „Glos Polonitico“, am 19. August in seiner Nummer 34 gebracht hat: „Auf der Verfolgung“, heißt es da u. a., „ließ die Bande kommt und die SA-Leute gemeinsam auf Peter Domänski, mit dem sie sich auch in blutiger Weise ausspielen werden und ihm nach dem Gebet

des Herrn Smukowski jagen. Da die Hitlerleute hier niemanden verloren, richteten sie materiellen Schaden an und ließen zu dem beschädigten Gebüst des Domänski. Als die Angreifer die Tür zu Wohnung verschlossen fanden, brachen sie in das Haus ein und begannen das Werk der Vernichtung... Die Wohnung des Domänski bietet das Bild einer vollkommenen Ruine. Die Möbel sind zerstört, und Blutlachen sind die Spuren derer, die die Folgen des Widerstandes Deutschlands und der neuen deutschen Kultur verhindern. Wie in Glumen erjährt wird (1), wollten die Angreifer das Schloß des Domänski entkleiden... Die Sturztruppler“, heißt es dann weiter, „schlugen die Fenster in der politischen Schule ein, worauf sie, nachdem sie sich noch dem Friedhof und der Kirche begeben hatten, die Tür zum Gotteshaus und zum Glockenturm stürmten, wobei sie vor der Einführung der Kirche nicht zurückdrückten.“ Nun: Wer aus der Erwähnung Domänski eine „Ruine“ gemacht, wie die Zeiter im Schlagschule zerstört und die Kirche entteilt haben soll, das wird sich ja noch herausstellen. Wir hoffen nur, daß die Behörden dann endlich auch einmal den polnischen Heßlättner eine ihrer sonst so beliebten Zwangsauflagen zukommen lassen. Sie wäre hier um so mehr an Platze, als es sich bei den Heteroien der polnischen Minderheitstreppen ja nicht um eine parteipolitische, sondern um eine nationale Angelegenheit handelt, denn wenn der „Glos Polonitico“ in der ihm geliebten Weise die Nationalsozialisten anpöbelt, wenn er von den „verierten Hitlerleuten“, von den „in der Vernichtung und im Blutvergießen unsterblichen Sturztrupfern“ spricht, wenn er die SA-Leute als „Strolche“ und „Hölzer“ bezeichnet, dann sind damit nicht die Nationalsozialisten allein gemeint, sondern die Deutschen schließlich — außer vielleicht den gekauften Süßfieberbrans, die für ihre journalistischen Helfersdienste direkt oder indirekt von der polnischen Gesellschaft in Berlin ihre Silberlinge bezahlen.

Katolik Słonki.

Die Umgestaltung der polnischen Minderheit, über deren Fortschritte mir im letzten „Ostland“ an Hand verschiedener Nachrichten des oppositionellen „Glos Polonii“ in Berlin“ berichtet, scheint auch in Weißbrotzschlissen jetzt falters Formen annehmen zu wollen. Es ist bekannt, daß das in Rikolitzen erscheinende Blatt Rikolit, die „Polonia“, dem Oppelner „Polenbundorgan“, den „Rikolit-Edikten“, jetzt seit Jahr und Tag harsche Konkurrenz macht. Jetzt bemüht sich auch ein anderes Rikolitische Blatt, die polnische Minderheit Deutsch-Ostpreußens einzudringen. Der „Sonnie Słonki“ wendet sich in seiner Nummer 188 vom 17. August an die „Sonnenleute im Oppelner Schlesien“ mit einem Aufruf, in dem er ankündigt, daß man vom 1. September d. J. an in ganzem Gebiete des „Oppelner Schlesien“ den „Katolik Słonki“ bei den Austrägern und vom 1. Oktober d. J. ab bei den Postanstalten bestellen könne. Bis Ende September würden unentgeltlich Drobnummern von den Austrägern verteilt werden. Die Schriftleitung des „Sonnie Słonki“ verspricht, daß sich der „Katolik Słonki“ mit „allen wichtigen Fragen aus dem Leben unserer Landsleute unter der deutschen Herrschaft“ befassen und „keine Eleganz verläumen“ werde, deren Rechte zu verteidigen. „Es geht darum“, heißt es zum Schlus, „eine möglichst große Zahl von Ceter für die polnische Schule, eine möglichst große Zahl der Polen, die Polen“ und anderen geleistet wurde. Es ist demnach mit einer Verstärkung der aus Polen herüberkommenden polnischen Agitation unter der meist sehr kriegerischen Bevölkerung zu rechnen — ein Umstand, der die höchste Aufmerksamkeit aller Kreise verlangt, denen die Sicherung des nationalen Friedens in diesem umkämpften Lande am Herzen liegt.

Die slawische Gefahr.

In der „Böllischen Zeitung“ veröffentlicht Dr. Heinrich Colpatti eine Artikelreihe über die Frage des Geburtenrückgangs und die daraus sich ergebenden Gefahren, wobei er sich hauptsächlich auf das Buch „Polit. ohne Jugend“ von Dr. Friedrich Burgdörfer stützt. In Nr. 415 behandelt er die Frage der Überalterung unseres Volkes, meist darauf hin, daß noch zweifelhafte Versuchungen wären, in unserer Bevölkerungspolitik einen gründlichen Wandel einzutragen. Deutschland um das Jahr 2000 nur noch etwa 47 Millionen Einwohner haben wird und kommt zum Schluss auf den Zusammenhang zwischen dem Geburtenrückgang und der drohenden slawischen Überflutung zu sprechen, indem er u.a. ausführt:

„Wir haben heute sechs Millionen Arbeitslose. Aber wir würden nahrhaftern weniger haben, wenn wir mehr Kinder hätten. Durch das Sehen von etwa 8 Millionen Kindern fallen zahlreiche Konsumbedürfnisse (Milch, Kinderkleidung, Schuhüber, Spielsachen usw.) aus. Kinder sind – das wird oft vergessen – Konsumenten, die oft den Arbeitsmarkt besetzen nur als Arbeitgeber.“
Beachtlich kommen. Während sich nun über die Zahl der Erwerbstätigen von 1882 bis 1930 verdoppelt hat, beträgt die Vermehrung der Nichterwerbstätigen nur 46 v.H. So erscheint die deutige Arbeitslosigkeit nicht nur konjunktural, sondern zum großen Teil strukturell bedingt. Auf der anderen Seite hat der Geburtenrückgang und die steigende Zahl der Erwachsenen neue Bedürfnisse geschaffen, die wiederum ganze Industrien aufbauen konnten. Die Anfertigung eines Autos, Grammophons oder Rundfunkgeräts, der Verkauf von Autos, Theatern und Vergnügungsstätten, die Auswendungen für Urlaubs- und Erholungsreisen sind weiten Kreisen nur durch die Einschränkung der Kinderzahl möglich. Daraus ergibt sich aber, daß die „lebhaften“ Kinder nicht ausschließlich oder vorwiegend in den älteren Schichten zu finden sind. Bei alledem aber wird sich das Sehen des Nachwuchses über kurz oder lang auch in einem Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen müssen. Die „Lebhaften-Balle“, die Burgdörfer schon für dieses Jahr angenommen hat, ist allerdings infolge der beispiellosen Verschärfung der Wirtschaftskrisis noch nicht eingetreten. Sie kann aber bei normalen Verhältnissen nicht ausbleiben. Spätestens um die Jahrhundertmitte wird sich die Schrumpfung und Überalterung des

Volkstörpers im Wirtschaftsleben bemerkbar machen. Dann wird den Arbeiterschichten durch stärkere Heranziehung der Frauen und der alten Leute ausgleichende Jugend. Die Spannungszone ausländischer Kräfte dagegen, wie sie Frankreich übt, wäre nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch völkerbiologisch und kulturell äußerst bedenklich.

Damit kommen wir zu einem Moment, das bisher nicht berücksichtigt wurde: der internationalen Bedeutung des deutschen Geburtenrückgangs. Deutschland ist mit die übrigsten ganz oder vorwiegend germanischen Völker (mit Ausnahme von Polen und Russen) haben die niedrigsten Geburtenziffern Europas, während die „slawischen“ Völker (vorwiegend überwiegend deutschstämmig) die höchsten Geburtenziffern haben. Die slawischen Völker, die vor hundert Jahren ein Drittel der europäischen Bevölkerung umfaßten, werden bereits 1960 mehr als die Hälfte stellen. Polen und die Ukrainer, die mit 30,8 Millionen Einwohnern noch nicht hälften der Deutschen sind, hatten 1930 Geburtenüberschüsse, die sie um mehr als 100.000 über den deutschen lagen. Schon 1935 werden die Polen Frankreich, die heute 9 Millionen mehr Einwohner hat, überflügeln haben. Noch mehr bedeutsam ist die Entwicklung, die um 1960 diejenigen Staaten und Englands übersteigen werden. In Polen liegt gegen 42 v.H. der Bevölkerung mehr als 14,5 Millionen mehrjährige Männer, während sie zwischen 12,5 in Deutschland und mit 11,5 Millionen aufgestellt kann. Diese Schwerpunktverschiebung birgt die ernstesten Gefahren für den europäischen Frieden wie für Deutschland selbst.“

Diese Darlegungen verdienen die ernstlichste Beachtung. Der Deutsche Oftbund hat in seinen Vorträgen und Veröffentlichungen über Bevölkerungspolitik und Siedlungsmöglichkeit auf die Bedeutung der hier berührten Fragen immer wieder hingewiesen. Sie sind ganz besonders eindringlich auch behandelt in dem im Verlage des Deutschen Oftbundes erschienenen Buche „Wir sind oder wir sinken“ von Mittelschullehrer Pischke, das vergriffen ist.

Neues aus Polen.

Berichtsexport.

In der „Gazeta Warszawska“ veröffentlichte Professor Rymar einen Artikel über den polnischen Zuckerexport. Danach hat Polen im Jahre 1929 288.000 Ton. Zucker zum Preise von 134 Mill. Złoty ausgeführt, im Jahre 1930 395.000 Ton. zum Preise von 138 Mill. Złoty und im Jahre 1931 395.000 Ton. zum Preise von 80 Mill. Złoty. Daraus ergibt sich, daß der Zucker, der exportiert wurde, im Jahre 1929 pro Kuno 450 Złoty kostete, im Jahre 1930 350 Złoty und 1931 320 Złoty. Im laufenden Jahre exportiert Polen den Zucker für 17 Groschen pro Kg., während die Produktion eines Kilogramms 50 bis 60 Groschen kostet. Polen zahlt also für jedes exportierte Kilogramm 30 bis 40 Groschen zu. Das Nachleben hat der polnische Konzern, der das Rüstogramm Zucker im Inlande mit 1,80 Złoty befreien muß und somit genugt ihm, daß polnische Export-Dumping zu bestehen.

Berührter Zollkrieg Polen—Deutschland?

Wie die polnische Wirtschaftspresse mitteilt, werden im Rahmen des Gesamteinfußkontingents für Baumwollgarne, das seit dem 31. Juli 1932 zur Einfuhr nach Polen verboten ist, keine Einfuhrbewilligungen ausgestellt werden, sofern das Garn aus Deutschland stammt. Die Auslieferung Deutsch-

lands von Lieferungen im Rahmen des Gesamtkontingents bedeutet eine neue polnische Zollkriegsmaßnahme und steht somit zu dem Sinn des deutsch-polnischen Handelsabkommen vom 26. März 1932 in Widerspruch. Damals hat die polnische Regierung bekanntlich, um die Anwendung des deutschen Obertarifs auf polnische Waren zu vermeiden, Deutschland Kontingente für die unter im Januar 1932 erlaubten polnischen Einfuhrverbote fallenden Ereignisse gewährt. Das jetzige Baumwollgarngesetz ist in Erweiterung jener Verbotsliste am Januar erlassen worden. Deutschland war bisher einer der Hauptlieferanten von Baumwollgarne für die polnische Textilindustrie, die auch in den überwiegenden ersten sechs Monaten des laufenden Jahres diesen Artikel per insgesamt 2,6 Millionen Złoty vom deutschen Exporteur bezogen hat.

Immunität der Richter aufgehoben.

Durch eine Verordnung des Staatspräsidenten wird für die Zeit vom 27. August bis zum 31. Oktober 1932 die verfassungsmäßige Immunität der polnischen Richter aufgehoben. In dieser Zeitspanne sollen sämtliche polnischen Richter auch ohne ihr Einverständnis auf andere Polen oder in den Ausland versetzt werden können. Es ist von 300 Richtern die Rede, die in nächster Zeit abgezettelt werden sollen.

Der „Sieger“ Zwirko.

Das Bewertungsergebnis im diesjährigen Europa-Rundflug hat im Sportkreis starken Widerhall gefunden. Als Sieger ging aus dem Flug der polnische Oberleutnant Zwirko hervor. Der Flug ist damit dem Vertreter eines Landes zugesprochen worden, das bisher im Slagzeugbau eine verschwindend kleine Rolle gespielt hat und das j. V. allein im vergangenen Jahre nicht weniger als 55 Fluggesellschaften zu verzeichnen hatte. Aber nicht hieraus reicht sich die Kritik, vielmehr ist sie gegen den Sportlichen Widerhall gerichtet, der Zwirko an die Spitze aller Leistungen stellt. Zwirkos Gesamtleistung wurde mit 46 Punkten bewertet. Unmittelbar hinter ihm folgten die Deutschen Morzik und Pöhl mit je 45 Punkten; auch den 4., 6., 7., 8. und 9. Platz belegten Deutsche Flieger. Ein verdienter Sieger des Rundfluges wäre der Italiener Colombo gewesen, der auf Anordnung seines Ministers jedoch frühzeitig aus dem Rennen aussteigen mußte. Moralischer Sieger, verdienter Sieger ist der deutsche Oberleutnant Seidemann, der in einem tollkühnen Fluge einen nicht überbietenden Beweis für die große Leistungsfähigkeit deutscher Motorfliegen und für die Ehrlichkeit deutscher Piloten erbracht. Verdienter Sieger auch dieser dritten Rundfluges ist der Sieger von 1931 und 1930, der Deutsche Morzik,

der in der Geschwindigkeitsprüfung 27 Stundenkilometer schneller flog als der unverdiente Sieger, der Pole Zwirko. Wodurch hat Zwirko denn genommen? Durch einen Flug, der in keiner Beziehung an eine eindrucksvolle Leistung anknüpft und beiwohne der schlechteste Flug des Wettbewerbes war. Und durch eine Rabinde, die glänzender und komfortabler ausgestattet war als die jährlich gehaltene Rabinde in den deutschen Flugzeugen und die ihm in der technischen Wertung einen großen Punktvorsprung ließ. Das ist keine Tragödie. Das ist schon eine Komödie. Zwirko wird seine Heute, den Wunderpokal, nur mit verständlichem Unbehagen nach Polen heimsuchen. Sein Erfolg steht in keiner Weise die Anerkennung aus, die allgemeine Erfolge in flugtechnischen Dingen finden. Pöhl haben die Deutschen Seidemann und Morzik die Segnigung, die Besseren gewesen zu sein und nur durch eine falsche Bewertung um den Namen des Siegers gekommen zu sein. Sie haben eine glänzende Demonstration für den geselligen deutschen Flugsport abgelegt, die auf der ganzen Welt anerkannt wird, wo nicht politische Rücksichten ein Herausstreichen des Polen Zwirko verlangen.

Ostland-Kultur

Beilage zum „Ostland“, Wochenschrift des Deutschen Ostbundes E. V.

Nr. 5. - 13. Jahrg.

Nach Ostland wollen wie reiten!

2. September 1932.

Winrich von Kniprode. Zu seinem 550. Todestag.

Von Hans Sturm.

„Winrich, Winrich, Ordensnot!“ Diese Worte, so erzählte eine fromme Sage, erklangen über der Gruft der Kirche zu Marienburg, wo man den in einem Kampf gefallenen Hochmeister Albrecht beigesetzt hatte, und veranlaßte die Ordensritter, den Groß-Komtur Winrich von Kniprode zu ihrem Führer zu wählen.

Man schrieb des Jahr 1351. Bei den Einweihungsfeierlichkeiten ging es hoch her. Die Bürger Marienburgs wurden aus dem Ordensschloß vertrieben, wogegen jedoch Jößler inländischen Winrich lieferete. Am andern Tage war großes Vogelschießen, und der neue Hochmeister, der viermal ins Schwarze traf und den Vogel von der Stange holte, wurde Schönenkönig. Anfangs tanzte er den Schenktanz, wogegen drei Meister aus Frankfurt ausspielten und ein Nürnbergischer Meistersänger ein Crinkled mit vielen Strophen zum delen gab. Auch die Städte ehnten den neuen Ordensmeister: ein Sack aus goldenen Schüsseln kam von Danzig, ein künftiglich geformtes Hifthorn von Ebing, ein Stück der Arche Noahs in einem silbernen Schrein von Culm, eine prächtige Stabführung von Marienburger Bürgern und ein reichbebildertes Wams von den Töchtern der Stadt. Diese Gaben blieben drei Tage zur Schau ausgestellt, und Jößler hielt die Ehrennacht.

Die fröhliche Tage dauerte das Fest. Über Kniprodes Regierungszeit stand wie ein gespenstischer Schatten der langwierige Kampf gegen die Litauer. Immer gab es Gefechte und Streitfeinde, und als der Hochmeister eben ein Turnier auf Samstag bei Marienburg ausgeschlagen hatte, begann die große Schlacht bei Radub, nicht weit von Königsberg. Das Heer der Litauer, Rallen und Totoren zählte einen siebzigtausend Mann, dem der Orden vierzigtausend, darunter ehrgeizigster Ritter, entgegenstellte. Unter ungeheurem Verlusten auf beiden Seiten errang der Orden den Sieg, und man schloß einen vierjährigen Waffenstillstand.

Unter den wilden Litauern war einer der Tapfersten der Führer Rejntz, der von Kniprode als Gefangener gnörig behandelt wurde. Er entkam mit Hilfe eines klauten Wärters, kehrte mit einem Heer zurück und belagerte Marienburg. Der Hochmeister schlug ihn vor Rauen und lehrte ein Waffenstillstandsangebot ab. Währdet er auf den Ruinen von Rauen Ostern feierte, wurde Rejntz von Polen gefangen und später von Jagiello hingerichtet.

Winrich von Kniprode erlich nüchtern, hielt zehn Großkapitel, legte Schulen an, förderte Wein- und Ackerbau und nicht zuletzt den Handel, wohnte dem Luxus, wohnte Frei und Sitten und mehrte die Macht des Ordens „zu Lande und zu See“, wie ein alter Chronist berichtet. Er gründete Winterthußen, und zwar eine für sechzig Familien, deren Lebensmittel von den Familien erhielten, das heißt Dokumenta aus der Ordenskasse; auch die höheren Schulen in Marienburg und Königsberg förderte er in hoher Hinsicht. Zur jeden Komvente mußte ein Jurist und ein Theologe aus Deutschland geholt werden; selbst seine Ritter hatten sich in Stellung von Rechtsgelehrten zu üben. So kam das Wort auf: Wüßt du klag sein, so tauhole die Herren von Preußen!

Auch die damalige Zeme drang bis in den Osten. Eines Morgens hingen zwei Ritter mit dem Zeichen der Zeme an einer Eiche vor den Mauern Marienburgs. Man verlangte von Winrich die Unterstüzung, aber er schwieg. Auf dringende Vorholtungen antwortete

er mit furchtbarem Ernst, man solle sich über solche Dinge des Urteils enthalten.

Kniprodes Zeit war der Orden vor allem in der Kriegskunst aller Kriegsstaaten überlegen. Frühzeitig bemühte er die Erfindung des Puders und des Feuergewehres, und die schweren Bomben lagen eine Erfindung des Ordensritters sein. Wohl verstand man sich daraus, Festungen zu bauen, zu verteidigen und zu belagern, ebenso auf das Brückenschlagen. Der Hochmeister selbst beschäftigte sich gern mit der Verbesserung der von den Alten überkommenen Wurfmöglichkeiten.

Um die Ständige bedrohte Sorge dauerte mit leichten Zeitern schwinden zu können, beschloß er sich auch mit dem Aufsucht guten Pferdematerials; er ließ Pferde aus dem südlichen Osteuropa kommen und legte viele neue Schäfte im Ordensland an. Auf seine Anregung hin traten die meisten Städte des Ostens in den Hanseatischen Bund ein, der auf diese Weise in seinen Verbündeten unterführt wurde und dann den mächtigen Schwund des Hochmeisters, eines der gefürchtetsten Herrschers des damaligen Abendlandes, gewann.

Winrich kam oft nach Danzig, um mit den Kaufleuten Abwehrmaßnahmen gegen die Serräuber zu besprechen. Er ließ acht neue Schäfte bauen, die der „Serräuberjagd“ dienten. Einmal überließ er 90 000 Mark Silber, die sein Admiral den „Seekönig“ abgenommen hatte, seiner Söchte. Als der Handel blühte, ließ er Scoter (Goldmünzen) prägen, von denen zwölf auf einen Pukaten gingen; auf der einen Seite trugen sie das Ordenskreuz, auf der anderen den Adler. Städte erhielten Schuh und Gerechtsame, müßten dafür aber volle Körnerpacht unterhalten, die der Hochmeister oft und eingehend prüften ließ. Brauchte der Bauer oder Bürger Geld, so ließ ihm das Ordenskloster gegen geringe Sinterl das Nötige. In dieser Zeit erhielt Thorn die große Orgel mit 22 Pfeifen, die erste Orgel in Preußen, die als das achtte Wundertuhr angestaut wurde. Bei Auftreten von Seuchen gab Winrich meiste und vor allem nüchtrige Anordnungen.

Sehr bevorzugt war er auch für den Anbau guter Weine. Im Jahre 1379 füllte der Orden 603 große Tonnen, und als das lebte Gott gefüllt war, gab es ein strohes Fest mit Vodensak und Ton. Wer ihm einen Dienst ermiss oder eine Freude machte, erhielt einige Jößler Rostlerben Krejzen. Und er ließ viele Gründen. König Karl V. von Frankreich sandte ihm eine Relique des heiligen Kreuzes als Zeichen seiner Verehrung. König Kasimir von Polen kam selbst nach Marienburg, und die Herrscher Ostlands blieben Freunde des Hochmeisters trotz der ewigen Sorge mit den „Leuten in Ostland“.

Ein Wunsch blieb ihm verlegt, nämlich der rubrmeiste Tod in der Schlacht. Er starb mitten in den Beratungen über Wittens- und Waisenfürsorge. Er bat noch die trauernden Brüder, doch bald mit den Litauern zum Frieden zu kommen, seine Ritter erhielt die wenigen Kleinodien, die er besaß, und den Armen wurde ein großes Vogal ausgetragen. An einem schönen Herbstabend 1382 schied er ein für immer und hinterließ ein blühendes Land, ein geordnetes Heerwesen, reichgefüllte Speicher und pflichtende Bürger und einschläfde Millionen Dukatenkünste.

Rang noch blieb sein Name im Volke lebendig, und mit Recht nannte man ihn nach Hermann von Salza den bedeutendsten Führer des deutschen Ritterordens.

Jahrhundertlange deutsche Kulturarbeit in Polen durch die uradelige Familie von Unruh. (Fortsetzung.)

Von G. v. Unruh, Oberleutnant.

Über die Stadt Birnbaum war wiederum eine schwere Leidenszeit gekommen. Reben der Pfeil machte sich die Faschel des Krieges, den Johann Casimir von Polen mit Karl Gustav von Schweden führte, sehr fühlbar. Unter den vielen Herrensätzen, mit drückenden Einquartierungslasten, litt die Einwohner unmöglich. Auch die kirchliche Bevölkerung wurde oft gefährdet. Man megte nicht, Kirche zu kommen, weil es nicht sicher war, wegen der politischen Wörter und „Paxor“ (Augsburg). Der evangelischen Gemeinde gab der Erzbischof Christopher p. u. der Sohn Georgs, Stühle und Einzenträume. Das zeigte sich auch bei einem großen Brandangriff, das im Jahre 1668 über die in ihrem Auftreten schwer gehemmte Stadt gekommen war. Auf einem der „Borromes“ war das Feuer ausgespeckt und hatte sich in rasender Schmetzigkeit ausgetrieben und viele Einwohner obdachlos gemacht. Gekräftigt und zielbewußt lebte die Hilfe seitens Christophs ein. Bald entstand das noch heute „Neulab“ genannte Stadtteil, und so hatte die Bürgerschaft auch in diesen schweren Zeiten an dem ihr so noth verbundenen obligativen Herrn einen treuen Helfer und in der Arbeit der Kirche den Glaukonastronom des Evangeliums. Denn der freundliche, der Gemeinde in Liebe ergebene St. Christopher p. u.

hatte die evangelische Kirche nochmals vergrößern lassen, weil sie bei den Gottessdienssten, die trotz aller Heimfuerungen regellos gefeiert wurden, die Scharen der Kirchgläubigen nicht mehr füllte. Auch eine neue Orgel hatte der gütige Patron bauen lassen und den Glockenturm der Kirche durch einen neuen „Durchsichtigen“, d. h. durch einen zierlichen, aus einigen stehenden Säulen ruhenden Oberbau erhöhen lassen. Auch der Turm wurde im Jahre 1680 mit einer schönen großen Glocke versehen, welche von Meister Franziskus Sebaldianus Bielander zu Groß-Ostogau gegossen war. Dreißig Zentner, vier Stein, jener Pfund war nach der Kirchenchronik ihr Gewicht.

Es war kein Herrschertitel und keine überhebliche Sinnesart, die Christopher zum Bau eines neuen Schlosses für sich und seine Familie veranlaßte. Wohl hatte er sich auf der Universität zu Leyden in Holland 1619, wohin er noch Besuch der Universität Frankfurt a. d. O. über Stettin, Lübeck, Hamburg, Bremen, Amsterdam und Haarlem „peregriniert“ war, als „liber Boronus“ (freier Herr) immatrikulieren lassen und unter seinem Namen „Unruh Christof“ die Worte gefestet: „Libertas inaccessimilis res est“, d. h. „Die Freiheit ist eine unabhängbare Sache“. Aber seiner Disputatio hatte er die Worte des

riemlichen Philosophen Seneca zugrunde gelegt: „Qui ergo generosus? Qui a natura ad virtutem bene est compositus...“ (Wer ist also ein Edelmann?) Denigen, der von der Natur zur Tugend wohl geschaffen wurde! Er wendet in dieser Rede auch die Worte des Gelehrten Sinapis an: „Doch ein qualifizierter Kaufmann, dem Staate oder dem Gemeinwohl mehr Nutzen schaffen könnte als ein Edelmann, der nur auf sein Wappen trote.“

Vielchen Nutzen wollte er nun auch seinem Untertanen ohne Ausnahme verschaffen, indem er ihnen Arbeit und Lohn gab. Unter seiner Leitung war in zwei Jahren von fleißigen Händen das neue Schloß erbaut worden, das auf dem Birnbaumse Domänenhofe bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts die Stürme der Zeit überdauert hat.

Auch eine sogenannte Kirchenstube, wie sie im Schloß der Väter gewesen war, hatte der Grundherr einrichten lassen, in der gottesdienstliche Feiern bis zum Jahre 1731 stattfanden. In der Jahr geräumigen Kapelle war das aus Sandstein gebaute und damit mit Farben ausgemalte Bild des Schloßherrn angebracht worden mit der Inschrift: „Christophorus von Unruh hat erbaut 1670 dies Haus. Wenn Gott will, so will ich heraus und loh es dem, der noch mir kommt, weil ich ein besseres find.“ Das Bild zeigt die äußere ritterliche Gestalt des Mannes, der Schu unter dem Bild über zugleich ein Stück seines gottesfürchtigen Herzens. Seinen Platz fand das Bild nach Aderlegung des Schlosses im Pöfener Provinzialmuseum, später befand es sich unseres Wissens in der Eingangshalle zum Kaiser-Friedrich-Museum zu Posen.

So hatte die Herrschaft ein neues städtisches Schloß, die Stadt Birnbaum trod des großen Brandungsläds noch eine Vergnügungsräum durch Anlage der Neustadt und die evangelische Gemeinde ein zweckmäßiges, schönes Gotteshaus erhalten. Drei Jahrhunderte glänzende Weiterentwicklung folgten. Das Aussehen der Stadt wuchs. Die Kirchengemeinde sonst ihrem Patronatsherrn stand unter den andern Gemeinden Polens besonders in Achtung und Abschätzung. Von einer in Birnbaum am 30. September 1677 gefundene Synode großpoln. luth. Pastoren und Patrone ist ein Protokoll vorhanden, das Aufsicht über die geplagtenen Verhandlungen und die gesuchten Abschlüsse gibt. Es weist u. a. die Unterschriften von zwei Unruhs, von fünf Seelsöhnen, einem Bronikowski und einem Brause auf. In diesen Verhandlungen ist jene Opferwilligkeit der Kirchenpatrone beachtenswert, welche einen Sondus zu jammern beabsichtigte zur Befreiung der kirchlichen Verhältnisse. Serner jener patriotische Zug, welcher über der Pflege der deutschen Muttersprache die der polnischen Landessprache nicht verläßt und auch in den Schulen geübt wissens will und der eine Beworung der Landeskinder vor Fremdlingen bei der Anstellung im kirchlichen Amt fordert. Schließlich ist auch der weitberühmte evangelische Sinn erkennbar, der die Einheit der Kirchen des Evangeliums in der Unität fordert und daher auch die Beschlüsse der Generalsynode zu Thorn vom 15. August 1695 anerkennt.

Gleich seinem Vater erkannte Boguslaus die Fortführung der Kirche und ihrer Gemeinde als wichtigste Aufgabe. Dem in Elze und in Thorn genossenen Schulunterricht hatte sich von 1697 an das Studium auf der Universität zu Frankfurt a. d. O. angegeschlossen; dann hatte er Deutschland, Holland, Frankreich, England und Italien durchreist. Nach Übernahme der Herrschaft Birnbaum regelte er die Erbauungsunternehmungen innerhalb des Geschworenenkreises in honester und geistiger Weise. Der Neubau des Merine-Hausland umwelt Birnbaum verließ er in einer Stiftungsurkunde vom 14. März 1695 bekräftigte Privilegien, die er am 22. Februar 1713 erneuert und auf die endern vom Vater geschaffenen Siedlungen ausdehnt. 1700 gründete er bei Kirchspiel ein Glashütte, deren Jahr zu Jahr erweiterte Betrieb vielen ihres Glaubens willen eingemelderten, böhmischem und tschechischen Leuten“ Arbeit und Brod gibt. Bei einigen in der Gegend von Kirchspiel liegenden Orten ist der Name „Glashütte“ mit Anklängen erhalten geblieben. Eine Station an der Strecke Benschen-Birnbaum trägt den jetzt polnischen Namen. Als Abgeordneter des Pöfener Kreises war Boguslaus 1696 zum Reichstage von Worms geworben. Hier „excellierte er in besonderem Maße“. Weil er ein gelehrter und verständiger Kavalier war, wurde er ja den wichtigsten und höchsten Dignitäten in Polen gelangt sein, wenn er seine Religion hätte verändert wollen.“ Doch davon konnte bei Boguslaus keine Rede sein. Bereits in den ersten Jahren seiner Regierung wurde Birnbaum schwer heimgesucht. Eine am 19. April 1692 in Großdorf unweit der Kirche bei dem Bauern Martin Vörlitz, dessen Nachkommen und Rameuträger noch heute in Birnbaumer und Weißerthor Kreis wohnen, ausgebrochene Überschwemmung legte das ganze Dorf, die Kirche, Pfarr-, Schul- und Holzstöckhäuser in zwei Stunden in Asche. Es blieb nichts stehen als eine „Kulap“ nahe dem Pfarrhaus und zwei Scheunen im Dorf. – Das mit vielen Kosten und sehr großer Liebe erbaute Gotteshaus war dahin. Pfarrer, es war Martin Gellert, der Großvater des Dichters Johann Christian Gottlieb Gellert, Lebter und Holzsägearbeiter waren obdachlos geworden; viele Gemeindemitglieder in Großdorf hatten ihre ganze Habe verloren.

In der von Vater ererbten Katharhof betrieb Boguslaus den Neubau der abgebrannten Kirche so eifrig, daß sie schon am 9. Dezember 1692 geweiht werden konnte, wenn sie auch erst später die innere Ausstattung und den Glockenturm erhielt. Die Fürsorge für die Stadt Birnbaum mußte er auch in anderer Weise thätigen. Eine gewaltige Überschwemmung hatte großes Ungemach gebracht.

Sehr schwierige Zeiten setzten über Birnbaum und den Inhaber der Grundherrschaft ein. Zu Anfang des 18. Jahrhunderts führte

Karl XII. von Schweden seine großen Kriege gegen Dänemark, Russland und Polen. Dieses Land wurde der Hauptkriegsschauplatz, und Birnbaum und Umgegend hatte unzählig viel zu leiden. Nicht nur feindliche, sondern auch freundliche Feindseligkeiten – eine Unterscheidung war damals kaum möglich – wechselten in die dortige Gegend, kamen, nahmen, was sie erbieten konnten, und ließen hinter sich Hungers, Elend, Krankheit, Pest und Tod. Karl XII. war dreimal in das dort militärisch genannte Stadtkommando am Pfarrhaus, während des Grundherrn Hauptleutnant Wolffroth mit großer Begeisterung und vieler Lief Wohnung genommen hatte. Der damalige Geistliche, der zugleich Kreispräsident (Superintendent) war, hielt Mathias Balde. Dieser soll den Grundherrn König durch eine herbeigewogene Ansprache, nachdem des Grundherrn Verstellungen und Bitten bei dem Kommandierenden erfolglos gewesen waren, bewogen haben, von seinem Vorhaben, die Stadt beschießen zu lassen, abzusehn. Durch ein Abkommen erlaubt worden, daß ihm und seinen Truppen in der Stadt ein vorrathlicher Überfall drohe. Es waren bereits auf den Mühlenbergen an Wartstätte der Stadt und dem Räuberberge am Wege nach Mieduschow aufgeworfen worden. Jedenfalls wurde dieser mahnhoft und furchtlose Geistliche zum Retter der Stadt. In der bis jetzt in Birnbaum anlässlich angelegten Familie Bachwald, in der 1699 etwa das Buchdruckerei-Gewerbe bis zu heutigen Tage ununterbrochen ausgeübt wird, wird ein Stok mit sibener Krücke und elbenloschen Beschlägen aufbewahrt, den der König der Auerhönd, zu der wohl auch ein Buchstok gehörte, als „Eidstück“ übergeben haben soll.

Vor dem September 1706 „umherhastende und wider aller Menschen Vermutungen“ zwölften August II. von Sachsen, König von Polen, und Karl XII. geflossenes Frieden von Altonaßtadt war für Birnbaum keine Entlastung. Der Herbst in diesem ja Ende laufenden 1706 Jahres war vor die arme Stadt Jahr fatal, denn nachdem der schwedische General Mordecai von der kroatisch-polnisch-sächsischen und der Moskowitischen (russischen) Armee, bei welcher auch kalmückische Tartaren waren, unter Kommando des Königs Augusts der Kalte ganzlich geschlagen worden waren, entstand in der Bürgerschaft eine erhebliche „Zucht“, die als Zeute mit ihrer geringen Habe zur Flucht veranlaßte. Es kam auch willkürlich eine Partei von Polen, die monatelang um eigenen Landes die ganze Gegend unsicher machte und in Plündering und Erschöpfung Unmeniges leistete. Das Arzte, nämlich die Erzpräßung von 10 000 Gulden, vermochte Boguslaus unter eigenen großen Opfern abzuwehren. Er nahm auf Gorlin die benötigte Summe auf und erlegte sie, nachdem jeder Appell an der Feinde Mittenden mehrheit gebriezen war.

Ziv. Kriegssprellen hörten auch in den nächsten Jahren nicht auf. Aber trod der Drangsal, veräussele der Kirchenpatron den Ausbau des Gotteshauses nicht. Der Winter 1708/09 war außergewöhnlich streng, mit eisfesterer Kälte und übermächtigem Schneefall, was im Frühling 1709 wieder eine große Überschwemmung, ähnlich der im Jahre 1692, wie Solze hatte. Die Holländer-Dörfer und die Inseln der Warthe gelegenes Vorwärde wurden besonders schwer betroffen. Auch hier bewies Boguslaus seine dochterige und mildtätige Gemüthsart, indem er nicht allein die Verpflichtung der Arbeitstage aufwarf, sondern trocknen Goldmangels Unterlöhungen gewährte.

Noch schwieriger sollte es für Birnbaum Stadt und Land im August 1709 werden, als die Pest hereinbrach. Das Sterben setzte in erstaunlicher Weise ein. Ein Berichtsbuch der evangelischen Kirche führt für 1709 die Sterbefälle nur bis Anfang August einseitig. Dann aber häuften sich viele, doch es nicht mehr möglich war, allen zu überleben und einzurichten. Schon am 30. August waren die verunglückten Bürger aus der Stadt und Schlüzen im Feldlager auf. Aber auch hierher kam die Pest, und die Zeute mußten sich wieder zerstreut Standhaft und getrenntztrauen bilden. Boguslaus mit den Seinigen zog zunächst in das Schloß. Erst nach weiterer Ausbreitung der Epidemie verließ er die Stadt und zog nach Gorlin, eine eigene Wohnung zeitlich, reichlich, er vorher die Abhaltung von Gottesdiensten in der Kirche verboten hatte, aus der einsitzvollen Bergkirche, es könnte meno, wo viele Zeute im Gottesdienst besammeln wären, die Pest durch Ansteckung noch mehr Ausdehnung finden. So ordnete er an, daß die Gottesdienste an andern, polnischen Orten amtierten seien. Und so zogen dann, nachdem auch der Geistliche der katholischen Kirche die Stadt verlassen hatte, der Pfarrer Magister Mathias Balde nach Gorlin und der Diakonus Johann Seemann nach Rodegulow, um von dort aus die umliegenden Ortschaften festgesicherlich zu bedienen. In zeit- und eingehender Weise wurden vom Patron auch die Anordnungen für die Abhaltung der Gottesdienste und der sakramentalen Heilungen getroffen. So wurde es erreicht, daß in dieser entsetzlichen Zeit des Seelabdrucks an kirchlich-kulturellen Sitten und Gebräuchen gewohnt blieb und das Dorf der Seelsorger mit den Gemeindemitgliedern nemlich ununterbrochen war. In der Stadt Birnbaum lebte fand Boguslaus ausgiebige, ja opferpflornde Unterliebung seitens des damaligen Kantors, eines Theologen namens Johann Jacob Storbeck, der sich als pastor postularius hatte ordnen lassen. Sein Amtsbewill wird in einem scriptum manu propria des Kirchenpatrons besonders gesetzt, indem es unzählig heißt: Er ist einer von den Helden, deren Namen vor die große Welt nicht kommt, denen Gott der Herr sich aber bedient, um der Welt auch in Zeiten der Verzagheit und Glaubensschwäche zu zeigen, was Zeute heißt bis in den Tod. (Fortsetzung folgt.)

Die deutsche Herkunft ostmärkischer Städte.

von Dr. W. Redlich.

Aus der deutschen Vergangenheit Lissas.

Schon oft ist in diesen Blättern von der Deutschernebung und dem Deutschernebungszug der Städte in der früheren Provinz Polen die Rede gewesen. Wollen wir uns weitere Aufschlüsse über dieses Gebiet erhalten, können wir nicht bloß genug aus der deutschen Vergangenheit alle die Städte mit Magdeburgischen Rechten befreien müssen, sehr zum Unrecht des Nationalpatrioten, doch dieses Recht besteht nicht, als eine Nachbildung des Sachsenburgischen dorftet, sehr viel, wenn nicht das meiste zur Deutschernebung dieser Städte beigetragen hat, nicht zum mindesten unter der Kremlherrschaft.

und zwar möglichst nahe bei Städten gelegen. So den Städten, die sich schon früh zu Sammelpunkten des Deutschen Reichs in der Provinz Polen entwickelten, gehört Lissa (polnisch Leszno). Bis in die erste Hälfte des 15. Jahrhunderts war Lissa ein unbedeutendes Dorf. Erst zur Zeit der Hussitenverfolgungen in Böhmen erlangte es groÙe Bedeutung. Die Katholiken aus Böhmen, vorwiegend böhmische und mährische Brüder, fanden hier nach ihrer Aussiedelung aus ihrem Heimatland einen Sammelpunkt und Zentrum. Nach dem Schmalkaldischen Kriege wurde der Zug nach Böhmen noch größer. Nach dem Jahre 1548 siedelten sich in Lissa etwa 900 Böhmen und Mährer an, andere gingen weiter nach Oppenheim, Schloss König Sigismund bewilligte den Einwohnern Magdeburgisches Recht und legte damit die Grundlage für die Deutschherstellung der Stadt. Als der große Zuwanderungswell im Jahre 1549 kam, boten die Deutschen den Grundherren, den Grafen Rafał Leszczyński gleich anderen Städten magdeburgisches Recht, um Gewährung eines eigenen Siedlungsrechtes und bekamen auf ihr Geuch von Leszczyński einen dabeingehenden Briefschein, daß die Herrschaft den Bürgermeister und Rat bestellte und die Gemeinde den Stadtrichter und die Schöffen wöhle.

und die Schönen wohnte.
Das Magdeburger Recht wurde im Jahre 1561 von Wenzel Polanski, dem Sohne des Gründers, in einer Urkunde bestätigt. Der Freibrief wurde in den Braunschweiger Landgerichtsakten eingetragen. Die Stadt war also gerade in polnischer Zeit weitgehend autonom. Wie weit das ging, zeigt die Tatsache, daß die Stadt einen eigenen Salzmarkt, eine eigene Waage hatte und Bod und Giebel erüchtigen durfste.

Nebohm blieb im Gegenzug zu anderen deutschen Landesteilen von seinem wahrhafte[n] Frieden des Dreißigjährigen Krieges weit ab, als sie um ihre Glaubensfreiheit nach Schlesien und Böhmen flohen. Die ungünstliche Schlacht auf meigen Berg (1621) vertrieb die seit vierzig Jahren auszusummen und sich in Böhmen oder Umgebung angesiedelten Unter ihnen befand sich der bekannte Böhmischer Bischof Amos Comenius. Auch Lutherthausen kamen in den folgenden Jahren aus dem habsburgischen Schlesien, namentlich aus Gabrau. Graf Rafael erlaubte ihnen den Bau einer eigenen Kirche, unter der Bedingung, daß sie der böhmischen Gemeinde den Vortritt ließen. Das gemeinsame schlichte Aussondererfeindlich[keit] veranlaßte die verschiedenen Bekennende, untereinander möglichst baldmöglichst zu ihrer

Die Stadt hatte davon weitgehenden Vorteil. Denn Handwerk und Handel gediehen. Die Böhmen erhielten ein eigenes Gymnasium. Sie erwirkten ferner von Sigismund III. im Jahre 1631 einen *Teatibus*, der ihnen gestattete, Webelei und Tuchhandel noch eigenen Repräsentanten zu treiben. Auch der polnische Reichstag bestätigte zwei Jahre später diese Privilegien. Gegen Angriffe der Wallenstein'schen mührte man sich energisch, besetzte auch die Stadt mit Wall und Graben.

Die Autonomie wurde in den folgenden Jahren und Jahrzehnten ausgebaut, 1936 wurde eine eigene Stadtkonstitution erteilt. Sie wurde vorbildlich für ganz Polen. Natürlich blieb auch Lissa nicht von den Kriegsläufen verschont. Die Kriege Polens

mit den Schweden und Russen nahmen die Stadt Stark mit der verlustreichen Brandstiftung und Plünderung. Aber nach Beendigung des nordischen Krieges wurden die Verhältnisse ruhiger, und die Stadt übte ihre alte Anziehungskraft auf die benachbarten deutschen Landesteile wieder aus. Es kam neuer Zug aus Deutschland, Handel und Wandel blühten wieder auf.

Die Zoll-Zölle mitgebrachte **Cathomas** erfuhr einen massigen Aufstieg. Der Cuhbundel erzielte sich über ganz Polen und ging bis nach Warschau, Thorn und Danzig. Es gab domäns in Lissa 147 Cathomas, Cuhbundel und Cuhbundeter, 6 Cuhbündler und 9 Leinenmeyer. Die Wole wurde auf 50 Stückh und 27 Wolspinschinen verarbeitet. Unter den Schäfe der Autonomie bot die Blüte des Lissa Cuhhandels die ganze politische Zeit Verhältnissen, erst nach den napoleonischen Kriegen trat in diesen Verhältnissen eine Änderung ein, als Auhland eine rigore Zollabsperrungspolitik verfolgte und die Einfuhr von deutlichen Waren verhinderte.

Als Lissa zu Preußen kam, war man erstaunt über den deutschen Charakter der Stadt, kennzeichnend für das deutsche Wesen war die einige Jahre später getane Äußerung von Hohlschke: „In Lissa ist alles deutsch, und es herrschen hier überall deutsche Sitten.“

Aus der Geschichte der Stadt Kosten.

Die Stadt Kosten gehört wie viele andere Städte der früheren Provinz Posen zu jenen, die in polnischer Zeit ausgedehnte Autonomie genossen und nach deutschem Recht lebten. Sie ist nebenbei eine der

Röthen hatte dank seiner räumlichen Nähe vom vornehmen engen Verbindung mit Schlesien und dem dem deutschen Kulturstkreis. Im 15. Jahrhundert stand es unter der Herrschaft der Schlesischen Herzöge. Bei der Erbteilung dieser Herzöge (1312) erhielt es als die Hauptstadt des Kreises. Ein Teil des politischen Staates wurde Röthen erbt, als die Schlesier mit den Polen in Streit gerieten und die Pole unter Kasimir dem Jagiello den Jüngeren die deutsche Besetzung der Stadt nur übergab, promulgat (1330). Burg und Stadt bejubelten auch dann ihre Bedeutung. Die Einwohner ließen sich ihr deutsches Recht nicht nehmen und erreichten sogar vom König Wladislaus Jagiello, der bekanntlich die Kreuze gegen den Deutschen Orden einsetzte, die Bestätigung alter Freibriefe. Da dieser Herzog lebte sogar Röthen ausdrücklich in deutsches Recht um und stellte die Stadt der Stadt Posen gleich. Im ganzen behielt die Stadt 8 Freibriefe. Auch die umliegenden Dörfer wussten deutsches Recht.

In der Verhaftung von 1763 wurde Kosten Einquartierungsfreiheit gewährt.

Die französischen und deutschen Rechte forderten mir in anderen Städten auch in Kosten Handel und Wandeln und Wohlen an. Die Tuchmacherei zeigte mir die in Elba und Rempen einen hohen Stand. Wie Kostenherre waren in ganz Polen berühmt. Auch an den Waffenhauer Hof wurden in großem Umfang Güter geliefert. Es im 17. und 18. Jahrhundert trat ein erheblicher Rückgang ein. Schuld daran waren in der Hauptsache die vielen Kriege, namentlich die Schwedenkriege Polens und der Thüringer Kriege. Kosten Junk sa einem Ackerbünderen herunter, während es im 15. Jahrhundert noch 15.000 Seelen angab hatte.

Aber auch gegen Ende des 18. Jahrhunderts muß die Stadt nicht ganz unbedeutend gewesen sein, denn hier versammelten sich am 22. August 1794 die polnischen Adligen, als sie die letzten Verträge unterzeichneten, die Selbstständigkeit Polens zu retten. Damals zählte die Stadt nur 1704 Einwohner. Ihr erneuter Aufstieg begann dann im Jahre 1815 ab, unter preußischer Herrschaft. 1837 zählte sie bereits 3034 und 1861 3491 Einwohner.

Kulturpositisches Werkbuch.

Sedan Ben Morris & Sons, Wall

prägt S. 411, Kiel.
Das war einmal ein Jägerling! —
Bei Schön hielt der große Zöller,
Was Wahlen mit uns Wohl gepangen,
Der Meister und sein Geist geprangen,
Niel fand es nicht ungern, soll Durrah! —
Und waren nach Wansen ke,
Da Ichon war auch Bärtige.
Und jedenfalls, die Freiheit am Blaue
Wird ausrichten, aus-a-ros, aus-a-sin! —

lich nicht losmachen können von dem, was gewesen ist, und das doch nicht wiederholen kann. Nun ist es zwar richtig, daß Sedan 1870 und Verfaßtes 1871 der Vergangenheit, wenn auch einer schönen und großen Vergangenheit angehören. Um so mehr aber sollte dann doch auch in einem andern Sinne jenes zweite Verfaßtes von 1919, das Verfaßtes der Schmach und Unheil, des Verfalls und Ziviliertheit endlich der Vergangenheit angehören und nicht immer noch dem deutschen Volke nach innen und außen richtunggebend und bestimmend sein. Die *Entwölftrigen* des Verfaßtes von 1919 wollen, daß *dürfen* wir nicht mehr sein, weil wir sonst selbst in der Welt der Zukunftsmenschen nicht mehr einreihen werden. Und wenn wir in den Gefangen gehörten werden, über die man kalt und mittellos hinwegschielte, als über etwas, das nur episodenhafte Bedeutung hatte. Je mehr wir uns aber von dem Verfaßtes der Verkündigung abwenden, um so mehr müssen wir zu dem *Entwölftrigen* des Verfaßtes von 1871 zurückkehren, das uns von dem werden ließ, von dem der Sedantag Zeugnis ablegte, und zu dem jener 2. September 1870 den Grund gelegt hatte. Das soll auch heute wieder den Alten erläbend und den Jungen kund werden, die vor dem Schatten des Verfaßtes von 1919 den Glanz des Verfaßtes von 1871 nicht mehr zu schauen vermögen. Solange die Roben der Zierdrähter und des Brüderhauses noch Deutschlands Berge und Bungen umkreisen, solange ihr Gekrähre die deutschen Lande erfüllt, wird es keine Wacht am Rhein im Westen und deshalb auch keine freie Weisheit

Sokolorganisation und Pan-Slawismus.

Im „Ostland“ ist schon auf eine bedeutende Einheitlichkeit des dort kurzem in Prag abgehaltenen Sokolfestes hingewiesen worden, nämlich auf die Teilnahme, daß Cäcilie Wenden (Sorben) in größter Zahl zu diesem Kongreß nach Prag gefahren waren und dort sowohl bei ihrem Auftritt im Stadion (bei reichlich befehlenden turnerischen Übungen) wie auch im Festsaal von Schlesischer Seite mit besonderer Auszeichnung gefeiert worden waren. Doch erfuhr sich bei der Bedeutung des Sokolfestes eine Zusammenkunft aller am polnisch-slawischen Gedanken festhaltenden slawischen Turn- und Sportverbände keineswegs für das tschechische Volkstum in der Beteiligung dieser polnisch-slawischen Ultratradikalen.

Man erinnert sich, welche außerordentliche Bedeutung die tschechische Sokolbewegung schon vor dem Krieg gehabt und welche für das Schicksal des deutschen Volkstums in den Sudetenländern außerordentliche schmerzliche Rolle sie dann bei der Aufführung des tschechisch-slawischen Staates im Oktober und November 1918 gespielt haben. Sie waren damals unter ihrem Führer Dr. Scheiner (ein rein tschechischer Name!) die Kerntruppe der „aufbrechenden Nation“. Die Freie, die auch heute noch die politische Bedeutung befreit, die sie damals bekleidet haben, muß man noch dem ganzen Verlauf des mit ungeheuren Pomp aufgezogenen Prager Sokolfestes (des neunten der durch den Krieg unterbrochenen Schloßtreffen) durchaus beobachten, und zwar nicht nur, sowohl es sich dabei um die verantwaltende tschechische Sokolorganisation handelt, sondern darüber hinaus auch für die Sokolorganisationen der anderen westlichen polnischen Staaten, die auf dem Kongreß mit zum Teil impfennd machtpolitischen Delegationen vertreten waren. Allein die Südmäden hatten 12.000 männliche und fast ebenso viele weibliche Sokolangehörige nach Prag entsandt. Und man muß es diesen südmährischen Turnern lassen, sie machen einen vorzüglichen, ja in einem Teile ihrer Darbietungen einen weit über dem Durchschnitt stehenden Eindruck. Die Prager feierten sie darum auch mit dem für ihre Begriffe größten Wohl, indem sie sie „die Preußen des Volkes“ nannten. Weiter waren anwesend eine im Verhältnis zu der wirtschaftlichen Bevölkerung doch recht große Zahl von bulgarischen Turnern (nicht „Sokol“, sondern „Helden“ genannt). Selbstverständlich fehlten auch die durch die Kleine Lutetia mit den Oberdeutschen befreundeten Rumänen nicht. Weiter noch man russische Sokol aus allen Emigrantenbezirken und nicht zuletzt etwa 200 polnische Sokolangehörige, die sich in ihren Uniformen nur unerheblich (befonders durch die vierzügige Konföderatka-Mütze) von den tschechisch-slawischen Sokolnern unterscheiden.

Die polnische Delegation in Prag wurde naturgemäß ähnlich von den Tschechen auch reichlich gefeiert. Immerhin konnte man auch in Prag nicht übersehen, daß das Kontingent der eingetroffenen Polen im Verhältnis zu beispielsweise den Sudetenslaven außerordentlich klein war. Es wurde bekannt, daß die geringe Beteiligung nicht so sehr auf politische Abhängigkeiten zurückging, sondern auf die Tatsache, daß die polnische Regierung „aus Vorwurfsgründen“ nur 200 Sokolangehörige Auslandsplätze zu erträglichen Söhnen ausgeschüttigt hatte. Die (bekanntlich den Nationaldemokraten nahestehende) polnische Sokolorganisation schränkte doraufhin insbesondere die Beteiligung der eigentlichen Turner und Turnerinnen sehr stark ein, um wenigstens die wichtigsten politischen Sokolpersönlichkeiten auf billige Weise nach Prag zu befördern. Und da innerhalb der polnischen Sokolorganisation die Sokolangehörigen der ehemals preußischen Provinzen jenseits schon eine ausschlaggebende Rolle spielen, hatte man in Prag „das große Vergnügen“, einen fast lückenlosen Aufmarsch aller kleineren Gruppen des polnischen Wahrmarkenvereins mitzusehen zu können. Befonders interessant war bei dem Auftritte dieser Wahrmarkentreute die Tatsache, daß es sich fast ausnahmslos um ehemals preußische Beamte handelte, die zum Teil noch bis 1918 in preußischen Diensten standen, zum Teil allerdings schon vor dem Krieg wegen propolnischer Untreue den Staatsdienst hatten verlassen müssen. Diese polnischen „Wahrmarkler“ benützten jede Gelegenheit, um in Prag mit fassenhaften Behauptungen über die „Verfolgung der Polen in Deutschland“ hauptsächlich zu gehen. Einer der genannten Polener Sokolangehörigen erzählte bei einem vom Außenminister Beneš gegebenen Frühstück seinem Nachbarn (erst späterweise so laut, daß es anwesende Reichsdeutsche hören und alsbald berichtigen konnten), daß die Verfolgung der Polen in Polen vor dem Krieg durch das sächsische Verhalten der preußischen Regierung gegen in Deutschland verbliebene Polen weit in den Schatten gestellt wurde. (O Schößwertständig wurde der „sächsische“ bekannte Jan Bauer und andere Polenbundleute als „Martyrer“ hingestellt.) Außerdem wurde die Behauptung aufgestellt, in Deutschland gebe es überhaupt keine staatlich anerkannten Schulen u. dgl. für Angehörige der polnischen Minderheit. Aus einer sofort gestellten Anfrage ging hervor, daß der betreffende, akademisch gebildete Doktormann noch niemals etwas von der preußischen Minderheitschulverordnung gehört hatte, ja doch offenkundig auch führende polnische Zeitungen von dem Vorbandensein dieser Minderheitschulverordnung in Deutschland nicht die geringste Kenntnis besaßen. Im Verhältnis zu diesen stromenden Leuten fielen die polnischen Sokolvertreter aus Galizien und erst recht aus

Wien so jämisch ab. Unter der Hand erfuhr man, daß in diesen Gebieten innerhalb des Sokols eine jämische Verzierung gegenüber der Schlesisch-slawischen und außerdem ein jämisch offener innerpolitischer Konflikt zwischen Anhängern der Sanacja und den übrigen politischen Parteien (vor allem den Endenken) besteht. Aus dem der Schlesisch-slawischen unmittelbar benachbarten Polnisch-Schlesien war nur ein einziger Sokolführer erreichbar.

Das Sokolfest selbst verlief bei sehr guter Organisation programmatisch. Der tschechische Ministerpräsident erschien wiederum in Sokoluniform bei den Veranstaltungen. Der Außenminister Beneš hatte eigens, um das Sokolfest nicht zu verfehligen, die wichtigsten Verhandlungen in Prag für fünf Tage verlassen. Bei allen wichtigen Gelegenheiten war tschechisch auch der Staatspräsident Masaryk anwesend und gab selbst als glänzendes Abblüsch des mehr als vierwöchigen Festes ein Jahr in seinem Präsidentengarten. Von besonderer Bedeutung für die Beurteilung aus Deutschland ist die Tatsache, daß zeitlich mit dem Höhepunkt des Sokolfestes auch der Kongreß der Auslandsstädtchen zusammenfiel und daß für beide Veranstaltungen zugleich über 3000 amerikanische Tschechen oder tschechische Amerikaner, namentlich aus Ohio und Chicago, nach Prag gekommen waren. Man erfuhr auch, daß die tschechische Regierung ein umfangreiches Konzil in Ohio unterhielt, obwohl dort nur ganz wenige tschechische Staatsangehörige wohnten, weil die tschechischen Amerikaner aus Ohio und dem ganzen Cleveland regelmäßig so hohe Spenden für nationale Zwecke nach Prag schickten, daß man sie mit der Errichtung eines Konzils entsprechend ehren zu müssen glaubte. Unter den anwesenden amerikanischen Tschechen fielen besonders die sehr strommen und sportlich durchgeübten Turnerinnen auf, die auch entsprechend bejubelt wurden. Von ihrer alten Sokoluniform sind allerdings nur noch geringe Teile übriggeblieben; sie wirken im ganzen absolut amerikanisiert, wenn sie auch sprachlich dem Anglisierungssprach des festgehaltenen haben sollen als die Deutschamerikaner. Auch sonst waren ausländisch-tschechische Organisationen und Sokols im Zeitung zu sehen, eben ein Pariser tschechischer Sokol, und dann nicht zu vergessen einige Teile eines Berliner, eines Hamburger und eines Münchener tschechischen Sokolvereins. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß nichttschönische Rassegruppen sich in Prag vertreten ließen. U. U. waren acht finnische Turner erschienen, einige Chor, Letten und auch einige Litauer. Die Finnen lebten in meinem Beisein eine Verbindung mit Tschechen in der ihnen von früher her geäugnige tschechische Sprache aus grundzählerlichen Erwagungen auf, so daß die Tschechen sich nolens willens von den Finnen deutlich unterhalten mußten.

Die tschechische Sokolorganisation lebt mußte man bei diesem Zeit wirklich bewundern. Es herrschte eine bedeutungsvolle Einheitlichkeit der Bewegung. Das eigens für den Kongreß errichtete umgebürtige Stadion (17.000 Plätze für Turner, 16.000 für Zuschauer) war mit allen Mitteln moderner Technik ausgestattet. Die Teilnehmer wurden größtenteils in Mäffengewärmern, besonders in Schulen, untergebracht, deren Schüler des Sokolfestes wegen einiger Wochen früher in die Siedlung geschickt worden waren. Der Eindruck der Vorführungen (v. d. h. an Freilüften dastehend) war auch turnstisch und sportlich sehr gut. Besonders imponierte die vorzügliche Haltung während des Festes, der in mehr als fünfzehnster Dauer bei unerhörter Stutheit am Hirs-Sorten durch die Prager Straßen zog. Die tschechische Presse übertrug sie deutscherweise in Begeisterung und benannte, was abschließend festgestellt werden muß, die Gelegenheit, um aus dem Vorbandensein und der Leistungsfähigkeit des Sokols den Schluß zu ziehen, daß die jetztige Organisation des tschechisch-slawischen Staates mit ihrer starken Bevölkerung durch die in ihrer Gesamtheit fast die Mehrheit bildenden Minderheiten nun endlich aufzuheben und das „tschechisch-slawische Staatsvolk“ nun endgültig die Jügel zur bedingungslosen Bevölkerung des Staates ergehen müsse. „Der Prager Presse“, das deutschsprachige Organ des Außenministers Beneš, schreibt in den letzten Tagen des Kongresses sehr nur noch in einem atmlosen Lobgeschnürl und läßt schließlich ganz zum Schluß doch die Rache aus dem Sokol, indem sie in deutscher Übersetzung von der die Minderheiten in sich enthaltenden tschechisch-slawischen Staatsarmee die rein slawische Sokolorganisation, die bekanntlich nur Tschechen, Slowaken und Karpatho-Ungarn aufnimmt, als den „Rets berürteten, Rets verläßlichen, Rets unermüdlichen Worttrupp der Nation“ bezeichnet und damit kündigt, daß für den „Kampf“ die tschechische Regierung sich auf ihr sehr viel mehr verlassen können als auf die mit französischem Gold honorierte Armee. Den Abschluß des ganzen Festes im Stadion bildete täglich ein jubelhaftes Zerstreu, in dem in Form eines Traumas des Gründers der tschechischen Sokolbewegung, M. Choteks (der sich später in Litau umgetaut hatte), die tschechische Nation an dem Vorblatt Geschehens sich beglückt. Am letzten Tage dieses Spiels überliefen während der Ansprache des Choteks dargestellten Schauspielers 15 tschechische Studienabsolventen zu fünf Kampfklagenzen des Stadions, von denen im Programm ausdrücklich gezeigt war, daß „amtliche“ Einzelteile in rein tschechischen Sabrikens hergestellt seien. Den Abschluß dieser „tschechischen Vorführung“ bildeten zwei Riesenklampfklagenzen der Tschechen, bei denen man die Bombenabwurfschreie mit blohem Auge erkennen konnte. „Die Ziele der Sokolbewegung sind rein friedlich!“ Gert Hell.

Die preußische Verwaltungsreform.

Der kommissarische Justizminister Dr. Bracht äußerte sich über die preußische Verwaltungsreform, gegen die sich der Gemeindeausschuss des Landtages ausgesprochen hat, u. a. wie folgt: Die so gut wie einstimmige Ablehnung der Maßnahmen der kommissarischen Staatsregierung über die Zusammensetzung von Landkreisen und die Aufhebung von Amtsgerichten habe ich in keiner Weise übersehen. Schon in wesentlich zu früheren Zeiten seien die Änderungen von Gemeinde- und Kreisgrenzen beim Parlament auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen. Was die Zusammensetzung der kleineren Landkreise anlangt, deren Besitz noch aus der Zeit der Polnischen Staatenkommune stammt, so führen die Anfänge zu diesen Maßnahmen fast 50 Jahre zurück. Selbstverständlich seien mit der Aufhebung von 50 Landratsämtern und etwa 60 Amtsgerichten ganz erhebliche Ersparnisse verbunden, die sich schon in kurzer Zeit auswirken würden. (?) Von einer wesentlichen Verbesserung der Verwaltung könne keine Rede sein. Am Orte der aufgehobenen Amtsgerichte, deren Richter und sonstiges Personal nicht mehr voll auf ihr bestimmt gewesen seien, würden in Zukunft Gerichtstage abgehalten, die der Bevölkerung fast in allen Sälen den Weg zum neuen Gerichtshof ersparten. Was den Publikumsverkehr mit den Landrätsämtern anlangt, so seien die allenthalben erhobenen Klagen darüber, daß die Kreisneugliederungen numerisch zum Teil sehr weiteste Wege zum Landratsamt hätten, maßlos übertrieben. Es werde dabei übersehen, daß das Landratsamt nicht so viel „Erreichbarkeit“ habe, wie dies von den Segnern der Reform behauptet werde, und daß die Einsätze wesentlich bei den kreisangehörigen Gemeinden und Städten bearbeitet werden.

Rechtlich habe sich die kommissarische Preußische Staatsregierung vor folgender Lage befinden: Die Rotoverordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 und vom 6. Oktober 1931 hätten den Landesregierungen das Recht und die Pflicht auferlegt, alle jur Ausgleichung der Haushalte erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Auf dieser Grundlage habe dann die frühere Preußische Regierung bereits am 25. Dezember 1931 die Verminderung der Zahl der Landkreise und die Aufhebung von 60 Amtsgerichten gründlich angeordnet, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 ab. Dieses Programm sei indessen von ihr nicht mehr durchgeführt worden, und daher habe die kommissarische Preußische Regierung vor der Entscheidung gestanden, entweder mit diesen Spätmaß-

nahmen ernst zu machen oder die Spätverordnung der früheren preußischen Regierung aufzubauen, zum mindesten die Durchführung über den 1. Oktober 1932 hinaus zu verschieben. Da die in den Justizministerien bereits vorbereiteten Maßnahmen über die Zusammensetzung von Landkreisen und Amtsgerichten das Richtige getroffen hätten, so seien sie zum jetzigen Zeitpunkt in Kraft gesetzt worden. Unbedenklich, insbesondere bezüglich der Grenzziehung im einzelnen, liegen sich immer noch ausgleichen. An einer Aufhebung dieser Maßnahmen im ganzen sei nicht zu denken. Er halte es auch für ausgeschlossen, daß irgendwelche künftige Preußische Regierung, die von Verantwortungsgefaren getragen sei, sich dazu entschließen würde. Auch ein Beschluß des Landtages würde die kommissarische Preußische Staatsregierung von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Maßnahmen nicht abbringen und sie zu einer Aufhebung der Verordnungen nicht veranlassen können.

*

Der preußische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat einen Erlass herausgegeben, der mit Wirkung vom 1. Oktober 1932 folgende Änderungen über die Kulturamtsbezirke vorsieht:

1. das Kulturamt Kreuzburg wird aufgelöst;
2. Das Kulturamt Leobschütz wird nach Reitzc vorlegt;
3. die Kreise Kreuzburg, Güttenberg und Röthenberg, die bisher zum Geschäftsbereich des Kulturamts Kreuzburg gehörten, werden dem Geschäftsbereich des Kulturamts Oppeln zugestellt;
4. der Kreis Grottkau und vom Kreis Oppeln-Schivelow-Salkenberg-Deutsch Leipe, die bisher zum Geschäftsbereich des Kulturamts Oppeln gehören, sowie die Kreise Reitz-Stadt und Lodd und Reutstadt, die zum Geschäftsbereich des Kulturamts Leobschütz gehören, werden dem Geschäftsbereich des Kulturamts Reitz zugestellt;
5. der Kreis Leobschütz — bisher Geschäftsbereich des Kulturamts Leobschütz — wird dem Geschäftsbereich des Kulturamts Katzbach zugestellt.

Freiwilliger Arbeitsdienst

Es werden sofort weibliche Kräfte ländlicher Einstellung gesucht, die einen gewerblichen Mittelpunkt für die Weiterentwicklung des Siedlungsgedankens im Oberschlesien bilden sollen. Alter 18 bis 25 Jahre. Geschilfliche Lehrerinnen, weibliche Schneidergehilfen, geprüfte Haushaltstelleiterin bevorzugt. Unterbringung zunächst in Waren (Mecklenburg).

Seiner werden zu sofort männliche Kräfte bis zum Alter von 25 Jahren in bedeutender Zahl gesucht, auch solche mit Schülerschein, für den Bereich des Arbeitsamtes Waren. Bewerbungen der weiblichen wie der männlichen Teilnehmer am freiwilligen Arbeitsdienst sind mit Lebenslauf und Zeugnissen an die Ortsgruppe Waren des Deutschen Ostbundes (Vorständin Frau Direktorin M. Wegener, früher Polen, in Waren i. Mekl., Villenstraße 12) zu richten.

Entschädigungswesen.

Hohe Verjährung von Reichsschuldbuchforderungen.

Von einer Kreditgesellschaft wird den Schuldhabernhabern das folgende in seinen Auswirkungen günstig zu deutende Angebot gemacht. Die betreffende Gesellschaft beobachtigt, in größerer Menge vorliegen an *Beamte* gegen Gesellschaftsbetreibung zu geben. Zur Sinngenierung dieser Rechte holt sie Rechtsabstrebungen Reichsschuldbuchforderungen darlehnswise zu erhalten. Die Schuldbehörderungen werden bei einer ersten Kreisbank-Gesellschaft (Coburgsgesellschaft der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft Berlin) hinterlegt, die die auf Grund der Schuldbuchforderungen zu gehörenden Beamtendarlehen überwacht und deren Sicherstellung eingehend prüft. Die Kreisbankgesellschaft kann nur allein über die Schuldbuchforderungen verfügen, so daß der Schuldbuchbetrüger nicht Gefahr läuft, bei Schwierigkeiten der Kreditgesellschaft Verluste zu erleiden. Den Schuldbuchgläubigern wird neben dem gleichen Schuldbuchdringen eine Zulastenhebe von 8 v. H. auf den auf die Schuldbuchforderungen entfallenden Darlehenbetrag gewahrt, d. h. bei der juriell geltenden Beleihungsgrenze 2 v. H. auf den Nominalbetrag der Reichsschuldbuchforderungen. Der Schuldbuchlehrer würde demgemäß statt 6 v. H. dann 8 v. H. von seinem Reichsschuldbuchforderungen an Zinsen erhalten. Wenn z. B. jemand 5000 RM. Reichsschuldscheine bei der Kreisbankgesellschaft zu dem

obigen Zweck hinterlegt, so erhält er statt 300 RM. 400 RM. Zinsen. Sollte eine höhere Bewertung der Reichsschuldbuchforderungen für die Kreisbankgesellschaft möglich sein, wird, was bei der jüngsten Bewertung der Reichsschuldbuchforderungen zu erwarten ist, darüber sich die jährliche Rente von den Reichsschuldscheinen noch erhöhen. Dem Schuldbuchbetrüger wird, wie bei Gewährung größtmöglicher Sicherheit eine beachtenswerte Zulastenhebe geboten. Schuldhaber, die sich für das Angebot interessieren, wollen sich an die Aufbaubank für Grenz- und Auslandsdeutsche G. m. b. H., Berlin W. 30. Moabit, 22, wenden, die zu weiteren Auskünften jederzeit bereit ist. Hd.

Auswertungsfragen.

Auswertung Posener ländschaftlicher Pfandbriefe.

Das Auswertungsverfahren bezüglich der Posener ländschaftlichen Pfandbriefe und ihren Umtausch gegen neue Polotrans-Pfandbriefe der Posenskie Siemionki Kredytowe, Polen, haben wir in unsern früheren Veröffentlichungen eingehend dagelegt. Das pointierte Pfandbriefinstitut hat sich nur bereit erklärt, eine Zusatzauswertung auf die jat Auswertung gelangenden Papiermark-Pfandbriefe zu genähern. Die Auszahlung der Zulatauhöfe wird mittelst der Dyrekcja Posenskiej Siemionki Kredytowej an die Schütteln vorgenommen. Sie steht sich auf 225 v. H. in Konversion-Slotypfandbriefen und 69 v. H. in bar dem Betrag der Konversion-Slotypfandbriefe. Für die Pfandbriefsitzungen der Auszahlung unter 10 Sloty, welche in Pfandbriefen nicht darstellbar sind, werden unverzinsliche Unterumschreive ausgegeben. An der Zulatauhöftahtung nehmen auch ausgelöste und auch bereits eingesetzte Konversionspfandbriefe teil. Die aus dem Umtausch der Markspandbrief auf die Spition unter 10 Sloty ausgegebenen, inbilligen färmlich gekündigten und bereits eingelösten Zertifikate nehmen dagegen daran nicht teil. Zur Entgegennahme der Auszahlung sind vorzulegen: a) die Mantel der Konversion-Slotypfandbriefe; b) für ausgelöste und zur Einlösung gebrauchte Stücke eine Beleihung der Bank, durch deren Vermittlung die Einlösung vorgenommen werden ist. Die Ausgabe der entfallenden Zulatauhöfe (Pfandbriefe, unverzinsliche Unterumschreive) sowie Auszahlung der Verträge erfolgt, sobald die eingereichten Stücke durch die Posenskie Siemionki Kredytowe abgeholt sind, die Beleihungen über eingelöste Stücke durch vorzunehmtes Institut geprüft worden sind, und zwar die Auszahlung der Verträge zum Gewinnert in Reichsmark. — Als Vermittlung bzw. Schütteln kommen die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Berlin, deren Sitzalen und das Bankgeschäft E. Heimann, Breslau, in Frage. Hd.

Wichtig für Verdrängte.

Chrentafeln für Gefallene in der Pauls-Kirche in Bromberg.

Herr Superintendent Ahmann in Bromberg schreibt uns: „Noch langem Sammeln ist es vorzuhaltlich bald möglich, in der St.-Pauls-Kirche zu Bromberg die Chrentafeln zum Gedächtnis der Gefallenen anfertigen zu lassen und aufzuhängen. Es sind dazu pflichtigste von der vollständig verarmten Gemeinde 300 Zloty aufgebracht worden. Mehr wird unter keinen Umständen aufgebracht werden können. Aber wir wollen den vorhandenen Betrag nicht etwa durch besondere Umstände der Wertlosigkeit verfallen lassen. Der Unterschied hat in seinen Eßen bis jetzt 320 Romen von Gefallenen aus der Gemeinde der St.-Pauls-Kirche. Wir würden jedoch nicht gern eins einer von den Söhnen der Gemeinde auslassen, weil wir nichts von ihm wissen. Daher bitten wir alle ehemaligen Bromberger, die in Frage kommen, dem Unterzeichneten bis zum 1. Oktober d. J. auch diejenigen Namen noch angeben zu wollen, die bis jetzt noch nicht gemeldet sind. Später eingehende Meldungen würden nicht mehr berücksichtigt werden können.“

Wir empfehlen denjenigen, die das Andenken an gefallene Angehörige auf diesen Chrentafeln vermitzt haben wollen, wenn es ihre Verhältnisse irgend gestatten, zu den Umhören der Eröffnung der Chrentafeln einen angemessenen Beitrag mitzulenden, zu wollen mit dem Bemerk, daß er, falls er für die Chrentafeln nicht gebraucht wird, von Herrn Superintendent Ahmann für andere Zwecke zum Nutzen von Angehörigen der St.-Pauls-Kirche verwandt werden kann. Auf Wunsch sind wir bereit, Schreiben und Geldsenden Herrn Superintendenten Ahmann (Bromberg-Budapest, Konarskigo 4) zu übermitteln.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben 4

ist am 30. August über die Landesverbände den Ortsgruppen zugegangen. Es enthält wichtige Mitteilungen über die Entschädigungsfrage. Seine Ausgabe ist etwas verzögert worden dadurch, daß ein Teil der darin behandelten Fragen in einer neueren Verordnung mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums erörtert werden sollten, um sie in dem Rundschreiben berücksichtigt zu können. Das Rundschreiben bringt den Wortlaut der in Nr. 34 angekündigten „Verordnung für beobachtete Verhinderung der Arbeiten der Reichsverwaltung für Reichsausgaben“ nicht schläterung. Zu Teil 2 der Verordnung bestimmt, daß die erledigten Entschädigungsakten bis zum 31. Januar 1933 aufzubewahren sind, behobt das Rundschreiben eingehend, was der Deutsche Obersitz im Verein mit den anderen Geschäftigtenverbänden, die der Arbeitsgemeinschaft angehören, unternommen hat, um die beobachtete Verhinderung von Entschädigungsakten zu verhindern. Es teilt ferner Vorschläge mit, die von der Arbeitsgemeinschaft bezüglich der aus den Akten herzuzugewandten Urkunden gemacht sind. Diese Vorschläge sind inzwischen angenommen worden. Es enthält weiter die Ergebnisse der erwähnten neuen Verordnung der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern des Reichsfinanzministeriums über wichtige Fragen des Entschädigungsverfahrens; darunter die Julage, die doch zunächst in keinem Fall die Akten in denjenigen Fällen, die die Entschädigung nicht 100 v. H. betragen hat, vernichtet werden, und daß auch bezüglich der weiteren Aufbewahrung der Akten bezüglich der Sätze, in denen 100 bzw. 125 v. H. Entschädigung geplant worden sind, erst nach weiteren Verhandlungen und Erwägungen feststehen sollen. Das Rundschreiben bringt ferner wichtige Beschlüsse über das beobachtigte weitere Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft in der Entschädigungsfrage, behandelt die Frage der geplanten „Inschreibung“ und die Schritte, die getan werden sind, um die Interessen der Erbinhaber von Schuldbeziehungen im Falle einer etwaigen Sinesserhebung zu wahren. Außerdem sind noch einige andere für die Geschädigten wichtige Fragen in dem Rundschreiben behandelt.

Werb! Schon jetzt für den Heimatkalender!

Von dem Vorstehenden einer westdeutschen Ortsgruppe wird uns geschrieben:

Auch in diesem Jahre wird über „Ostdeutscher Heimatkalender“ so fröhlich erfreut, daß ein Mäzenatshaus bei tüftiger Werbung wesentlich erleichtert wird. Wie bitten, Vorstellungungen schon jetzt entgegenzunehmen und uns zuwenden. Schon jetzt sollten in allen Ortsgruppen Einzeldurchmusterungen ausliegen und bei Monatsversammlungen und anderen Veranstaltungen in Umlauf gelegt werden. Sobald dann der Kalender heraukommt, müssen die Ortsgruppen sofort, welchen Posten sie ungefähr bestellen müssen. Dadurch wird ein schneller Abzug des Kalenders noch vor Eintreten des neuen Jahres gewährleistet und mit größerer Wahrscheinlichkeit erzielt, als wenn der Vertrieb erst kurz vor Novemb er einsetzt. Bei der wachsenden Beliebtheit unseres Kalenders dürfte um so mehr mit einem großen und schnellen Absatz des Kalenders zu rechnen sein, da der Preis für die Ortsgruppen sehr stark herabgesetzt worden ist. Der „Ostdeutsche Heimatkalender“ ist eine unserer wichtigsten Geisteswaffen im Kampf

um unsere Ostmark, weshalb er in das Haus jedes Ostmarkers und jedes Deutschen gehört. Darauf ist schon jetzt mit aller Kraft hinzuarbeiten.

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Verein ehem. Culmer und Schwoer, Berlin. Monatsversammlung am Sonntag, den 4. September, nachmittags 6 Uhr, im Vereinslokal „Wilmersdorf“, Berlin SW 11, Anhalter Str. 12.

Ortsgruppe Rösel. Ostmarkischer Werbeabend am Mittwoch, den 7. September, 20 Uhr, im Vereinshaus, Kösische Str. 17. Vortrag: „Ostpreußen, Deutschlands Volkswirk.“ Rezitation, Vokal- und Instrumentaldarbietungen. Eintritt frei!

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Berlin-Köpenick. Am 15. Juli fand der Ehrenvorstande der Ortsgruppe, Herr Friedrich Wiedmann, 69 Jahre alt, nach längerer Krankheit, betraut von seiner Gattin und fünf Kindern. Aus einer Lehrerfamilie aus Lübeck stammend, erhielt W. Seine Lehrerausbildung in Rostock. Im Friedenborst bei Reutemühle war er dann zehn Jahre als Kantor und Organist tätig; nach vorübergehender Beschäftigung in Alt-Görlitz ging er 1901 nach Wirsbaum, wo er dann noch das Lehramt für das gefährzte Deutschland Jegenreis bis zur Verdrängung im Jahre 1919 wirkte. Während des Blutbataillontales in Zeuthen war er an der Polizeiabteilung in Pößnitz tätig, um dann von 1923 bis zur Pensionierung im Jahre 1928 an der 114. Volksschule in Berlin-Jaini Lebhaftigkeit zu befleischen. Reich waren die Ehren bei der Beerdigung dieses treubürtigen Mannes. Neben den Söhnen der benachbarten Ortsgruppen waren zugegen: Herr Schreinert Schmidt vom Präsidium und Herr Böter als Vertreter des Landesverbands. Der Trauer der Ortsgruppe galt Herr Breitsch in einem Rauhriß um Große Ausdruck, die tiefempfundene Heimatliebe und den Komponisten des Verstorbenen betonten. Die am 9. August abgehaltene Sitzung der Ortsgruppe galt dem Gedanken des verlorenen Leiters und der Reuebekundung des Verbands. Herr Breitsch würdigte auch hier in längeren Worten die Verdienste des Verstorbenen um Ortsgruppe und Ostmark. Die Ortsgruppe hofft in ihm einen festen Stütze und Kämpfer, einen treuen deutschen Mann, einen lebendigen Freund und guten Kameraden verloren, der sich noch als 53jähriger in die Reihen des Grenzschutzes gefestigt habe. Mit dem Vortrag des Gedächtnis: „Unsere Toten“ von Franz Südkamp schloß die Stille Feierstunde. Die Ortsgruppe dankt an dieser Stelle allen lieben Ostmarkern für die Ortsgruppe beigelegte Teilnahme beim Heimgefege ihres Ehrenvorsitzenden aufs herzlichste.

Die Ortsgruppe Berlin-Reinickendorf hat nach ihrem Sommerausflug am 5. Juni und nachdem die Julierversammlung der Sommerferien wegen ausfallen war, am 11. August wieder eine Monatsversammlung im Vereinslokal Sodau, Berlin-Reinickendorf-Ost, Reinickendorf 124, abgehalten. Es konnte auch ein neues Mitglied aufgenommen werden. Darauf hielt der 2. Vorsitzende, Herr Kontraktor P. i. e. k., einen sehr wissenschaftlichen Vortrag. Der Redner führte die Versammlung in Geiste an verschiedenen Denkmälern des deutschen Vaterlandes. Zunächst in das am Westflichten gelegene alte Südtiroler Hörster mit der Abtei Corvey und dem Klostergarten, der das Grab des Dichters Hoffmann von Sallersleben, des Dichters des Deutschtalblandes, birgt. Nicht weit von der Stadt Detmold entfernt ruht aus dem Grünen der Gebüschwälde ein gewaltiges Denkmal hochröt; auf einem von Säulen getragenen Kuppelbau erhebt sich das Standbild des Thüringers Hermann. Auf dem Schwert, das er in den Rechten hält, stehen die Worte: „Deutsche Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht.“ Von Westdeutschland führte uns der Redner im Geiste nach Osten, nach Tannenberg, wo die rätselhafte Heere vernichtet wurden und der deutsche Osten von der weiteren Verhinderung durch die Russen bewahrt blieb. Das vierte Denkmal liegt in Ostpreußen. Es ist der Annaberg. Hier finden wir die Gräber der totenen Selbstschlachtens, die ihr Leben im Kampfe gegen polnische Horden hingegeben. Der Redner schloß mit den Wörtern: „Deutsche Brüder, hört meine Worte oft und neu: immer wird das Reich verkörpert, wenn ihr einig seid und treu.“ Der einflößende Vortrag erzeugte lobhafte Beifall. — Der Vorstande nahm Verantwortung, die Mitglieder zu bitten, zur Ausgestaltung der Versammlungen gleichfalls von sich aus in Zukunft etwas beizutragen. Die nächste Versammlung findet wieder vorfristsmäßig am 15. September bei Sodau statt. Wenn der betreffende Donnerstag auf den 15. fällt, dann findet auch die Versammlung am 15. statt.

Landesverband Westpreußen.

Die Ortsgruppe Ebing möchte am 12. August eine Dampfersfahrt nach Rieckfort. Zwei Schiffe wären nötig, um die vielen Mitglieder und Freunde aufzunehmen. Bei fröhlicher, Kaffefeststof und stottem Tanzparty (nach Radomulik) vorzieht die Sitz viel zu Schwell. Um 1/2 Uhr war alles wieder in Ebing; froh, so netter Tag verlebt zu haben.

Landesverband Niederschlesien.

Ortsgruppe Volkenroda. Nach einem Vortrag des Landesverbands-Vorstandes, Herrn Müller-Strießewitz, über Ziele und Zwecke des Deutschen Obersbundes, konnte die Ortsgruppe neu gegründet werden. Zum Vorstande wurde Herr Baumgärtel gewählt.

Landesverband Vorpommern.

Die Ortsgruppe Pösewitz feierte am 7. August in Baumanns Garten ihr 11. Stiftungsfest. Eine fühlliche Anzahl Mitglieder und Gäste waren u. a. erfreut, dass der Vorsteher, Herr Schmiegels, begrüßt. Besonders waren u. a. erfreut, dass der Vorsteher des Landesverbandes Vorpommern, Herr Landesoberförster Becker, Stettin, mit noch einigen Vorstandsmitgliedern, seinem Vertreter der Ortsgruppen Anklam, Torgelow, Löcknitz, Egeleben, Swinemünde und die Jugendgruppen Anklam, Torgelow und Swinemünde. Der Handwerkerfangverband unter Leitung des Herrn Lebter Müller erfreute durch den lauberen Vortrag mehrerer Volkslieder, Herr Helmut Zox durch den Vortrag „Das alte Land“ ebenso. Herr Lehner durch das Gedicht „Pobitzin“. Allen Vortragenden wurde mit reichem Beifall gedankt. Herr Becker, Stettin, erläuterte in seiner Schilderung Zweck und Ziel des Ostbundes, ermahnte zu treuen Zusammenhalten in dieser schweren Zeit. Das kleine Opfer des Beitrages Jolle man nicht scheuen. Daß in der Ortsgruppe Pösewitz noch in dem gleichen Geiste gearbeitet werde, der vor zehn Jahren uns bekleidete, beweise die Tatsache, daß wieder an mehrere Mitglieder die Kreunadel für jahrlängige Mitgliedschaft

überreicht werden könne. Es erhielten die Kreunadel, die mit herzlichen Glückwünschen vom Schilder überreicht wurde, die Herren Schmiegels, Baarh, Rüsse, Salomon v. Schmid, Römann, Schulz, Engelmann, Briezinski, Pannicke, Thom, Pötter, Schönfeld, Wölke und Königs. Mit einem Hoch auf das Osten und das deutsche Vaterland, dem sich das Gesang des Deutschnationalen anschloß, endete der Schilder. Bei dem guten Konzert der Kapelle Hahn, der Preisstühlen und Lautenstücken vergingen die Stunden dann sehr schnell. Die drei besten Sänger beim Preisstühlen waren die Herren Rüsse, Andres jun. und Cerrit. Beim Lautenstücken erhielt den 1. Preis Frau Sokołowska, der dann Frau Sokołowska und Frau Bunde folgten. Abends Tanz. Um erfreut in noch, daß durch die Ausweitung der auswärtigen Jungshörnchen, die durch Vorträge, Sprechstunde u. a. erfreut, angeregt, auch hier die Gründung einer Jungshörnchen zu wünschen kam. Die Leitung hat Jel. Schäfer übernommen. Alle Jugend, und nicht nur ehemalige Ostmänner, wird eingeladen, der Jugendgruppe beizutreten. In der Gruppe sollen junge Kräfte herangeführt werden, die den Kampf für die Wiedergewinnung der geraubten Ostmark weiter führen.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Personliches.

Oberbürgermeister a. D. Dr. Krause 70 Jahre alt.

Am 4. September 1932 feiert Herr Oberbürgermeister a. D. Dr. Krause seinen 70. Geburtstag. Sein Schaffen und Werken war während seiner gesamten Amtstätigkeit dem deutschen Osten gewidmet. Nach einer kurzen Tätigkeit als Stadtrat in Posen von 1898—1902 war Dr. Krause 26 Jahre lang Oberbürgermeister der Stadt Schneidemühl bis zum 10. November 1928. Als er am 12. November 1927 sein 25. Dienstjubiläum als Oberbürgermeister feiern konnte, zeigte sich so recht die Liebe und Verehrung der Bürgerlichkeit Schneidemühl für ihren Oberbürgermeister. Der Aufzähnung Schneidemühl war gewisst unter Dr. Krause zielbewußt, nimmermüde, tatkräftiger Arbeit; die Stadt, die bei seinem Amtsantritt eine kleine Mittelstadt von 19 000 Einwohnern war, hatte nach während seiner Amtszeit zu einer kreisfreien Provinzialhauptstadt von 40 000 Einwohnern entwickelt. Dr. Krause hat in Schneidemühl mit Fleiß, tüchtigem Können und unermüdlicher Schaffenskraft auf allen Gebieten wirtschaftlicher Art (Gründung der Pökomois-Werftkott, der Jagstegfabrik — Albatroswerke —, im Zusammenhang damit Entwicklung zum Flughafenpunkt und zu einer der größten Luftschiff- und Silber-Garnisonen) und kultureller Art (musterhaftiger Ausbau des gesamten Schulwesens, Förderung von Theater und Musik) viel hervorragende Eigenart geleistet, die aus Schneidemühl das gemacht hat, was es heute ist. Als aufstrebter, energischer, treu-deutscher Mann zeigte sich Dr. Krause ganz besonders, als 1919 Schneidemühl wider Recht und Gerechtigkeit zu Polen geschlagen werden sollte. In einer Anzahl von Denkschriften, vor allem aber in dem Dokument vom 27. Mai 1919, waren gegenüber aller Welt Schneidemühl sein deutsche Geschichte und Schneidemühl sehr fehler, sieber unterzugeben als von Deutschland losgerissen zu werden, kundgetan wurde, trat Oberbürgermeister Dr. Krause mit klarer Unerschrockenheit gegen die feindlichen Abißen aus. Seine wirkungsvoll war die von Dr. Krause veranlaßte und geleitete Deutschtumskundgebung, an der ganz Schneidemühl teilnahm und bei den Oberbürgermeister Dr. Krause in kermodeutscher Rede vor interalliierten Pressevertretern entschieden Protest gegen eine Vergeltungswollte Schneidemühl erhob. Die Folge dieses Bekennerschaftes war, daß Schneidemühl nicht, wie bereits vorgesehen war, polnisch wurde. Wenn Schneidemühl heute noch deutsch ist, so muß dies als ein Hauptdienst des Oberbürgermeisters Dr. Krause gebucht werden. Seit einem Jahre lebt Dr. Krause in Potsdam, Rue Königstr. 29, im Außenland; immer mitwirkend an der nationalen Erneuerung Deutschlands. In nationalen Beräten, besonders im Deutschen Ostbund Potsdam wirkt er weiter für Ostland und Vaterland, insbesondere für die Errichtung seines höchsten Ziels, den ganzen Osten wieder deutsch zu wischen. Und der ihm an seinem 70. Geburtstag liebste Glückwunsch wird der sein, noch die Zeit zu erleben, in der ewig deutsche Land in Osten wieder deutsch wird. — Wir haben eine eingebende Würdigung der Arbeit Dr. Krauses anlässlich seines 25jährigen Oberbürgermeisterjubiläums schon im „Ostland“ 1927 Nr. 46 gebracht. Seinen Geburtstag verlebt Dr. Krause bei seinem Schwiegersohn, Regierungsschreiber Drews in Allenstein, Magdeburgstrasse.

Generalleutnant von Paczensky und Tenczin †.

Am 22. August starb in Breslau, Schlesien, der frühere Hohenstaufen-Commandant von Breslau, Generalleutnant Theodor von Paczensky und Tenczin. Der Verstorbenen wurde am 28. Juli 1851 in Czernowitz, Kreis Strelna, auf dem Gute seines Vaters geboren. Nach Abföhrung der Robenrostenalten Wablišt und Groß-Lichterfelde trat er am 7. April 1870 als Leutnant in das Infanterie-Regiment 22 ein. In diesem machte er den Krieg 1870/71 mit. Nach dem Kriege legte er zeitl. in der Frisiaakademie, teils im Großen Generalstab und dann als Commandeur verschiedener Truppenteile eine glänzende militärische Laufbahn zurück. 1902 wurde er zum Generalmajor und Kommandeur der 52. Infanterie-Brigade in Württemberg ernannt. Im folgenden Jahre reichte er seine Abtschlußprüfung ein und siedelte nach Breslau über. Bei der Mobilisierung im Jahre 1914 wurde er Kommandeur der stell. 22. Infanterie-Brigade, bald darauf Kommandeur einer mobilen Schützenbrigade. Eine Verbindung aus dem Kriege 1870 legte seiner Frontkämpfertum ein Ende. Im Juni 1915 wurde er Hohenstaufen-Commandeur von Breslau und im Mai 1917 zum Generalleutnant ernannt. Darauf schied er aus dem aktiven Heeresdienst aus.

General von Hutter 75 Jahre.

General a. H. Hutter, der bekannte Heerführer, wurde am 27. August 75 Jahre alt. Der General, aus dem hessischen Inf.-Regiment 88 hervorgegangen, war nach einer glänzenden militärischen Laufbahn zu Beginn des Krieges Kommandeur der 1. Garde-Inf.-Division, die sie unter seiner Führung in den Schlachten bei Tannar und St. Quentin besonders auszeichnete. Im April 1915 übernahm o. H. Hutter im Osten das 21. Armeekorps, mit dem er im Rahmen der 10. Armee zu den großen Erfolgen des Sommers 1915 in Nordrussland beitrug.

Auch dem gewaltigen Bormstorf, der die russischen Festungen überwand, war er im äußersten Norden den Russen gelungen, den wichtigen Brückenkopf Riga-Lexküll zu halten. Die gefallenen dortigen deutschen Truppen wurden als Armeestellung D zusammengefaßt und General o. H. Hutter unterstellt. Ende August 1917 leitete o. H. H. den Übergang über die Dina. Auch die Anfang Oktober von der 8. Armee im Zusammenbruch mit der Flotte ausgeführte Unternehmung gegen die Insel Osel gelang glänzend. 1918 stand o. H. im Westen (Durchbruch bei St. Quentin).

Der alte preußische Offizier †.

Hauptmann a. D. Johann Miethe in Buckow (Mark) starb am 9. Februar 1932. Er war der älteste Offizier der preußischen Armee; trat 1859 in das 1. Ostpreußische Jägerbataillon ein und nahm bereits 1865/64 an den Kämpfen gegen die polnischen Insurgenten teil. Anfang Juli d. J. erhielt er das Fest der ehemaligen Hochzeit begehen. *

Amtsrat Karl Springer †.

Am 30. August ist nach langem, schweren Leiden in Berlin-Wilmersdorf, Detmoldstr. 3, Amtsrat Karl Springer, früher Pächter der Domäne Lipin, Mrs. Kolmar, in Polen, von wo er von den polnischen Behörden verdrängt wurde, im 85. Lebensjahr gestorben. Er war Witwer und hinterließ eine verheiratete Tochter, Frau Margarete Lorenz, mit drei Kindern. Der Verlobte et-

freute sich in seiner alten Heimat als Landwirt und Mensch hohen Ansehens.

Dr. Walter von Hagen, bisher Präsident des X. Senats des Kammergerichts in Berlin, ist zum Chefpräsidenten des Danziger Ober- und Landgerichts ernannt worden. Sein Vorgänger, Chefpräsident Grau, ist wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Dr. v. Hagen, 58 Jahre alt, entstammt einer Juristenfamilie und ist in Berlin geboren; sein Vater war zugleich Oberlandesgerichtspräsident in Frankfurt a. M. Am Kammergericht hatte er hauptsächlich mit internationalen Rechtsstreitigkeiten zu tun; 10 Jahre lang war er zum Auswärtigen Amt berufen, um als Staatsvertreter bei den deutsch-französischen, deutsch-rumänischen und deutsch-griechischen gemütl. Schiedsgerichtshöfen in Paris zu wirken. Diese Tätigkeit diente für seine jetzige Wahl zum höchsten Richter des Strafhauses. Damit ausschlaggebend gesehen sein.

Ernannt: Gerichtsbehörder Wilder in Schneidemühl zum Land- und Amtsgerichtsrat dagelebt.

Verlebt: Der evangelische Strafgerichtspräsident Michaelis in Sonnenburg an das Centralgefängnis in Cottbus; Land- und Amtsgerichtsrat Dr. Borch von Schneidemühl nach Cottbus.

Bei Einfindung persönlicher Mitteilungen bitten wir in jedem Falle den laufenden Brugschein des „Ostlands“ beizufügen. Serner bitten wir die Vorstände der Ortsgruppen, sich auf alle diesbezüglichen, die von der hier gebotenen Möglichkeit, persönliche Nachrichten bekanntzugeben, Gebrauch machen, gegebenenfalls wegen Beitrags zur jüngsten Ortsgruppe zu wenden.

Verlobt: Dipl. rer. pol. Wilhelm Pieper, Pręzyleki, Kreis Schrimm, mit Gerda v. Hauenfels, Tochter des verstorbenen Hauptmanns Karl v. H. und seiner Frau Leda, geb. von Oheimb, in Breslau; Wilhelm Goldenberg in Mün.-Gossl mit Herta Krause, Tochter Marg. Gr. Otto Hoffmann, Gosen, mit Eduard Kämmerer, Kleck.

Silberne Hochzeit: Riemermeister Bruno Schachtel und Frau Emmy, geb. Kühn, in Pr.-Griesdorf (Ostmark) P.-W., früher Cremnitz (1925 ausgewiesen), am 27. 8. zugleich Hochzeit des Jubiläums; Gottwitt Gustav Mader nebst Gattin in Kirchhain-Moldau-Kessel, früher Gosen, am 24. 8.; Bürgermeister Siegfried Kellner, Neukalen (Mecklenb.), mit seiner Ehefrau Helene, geb. v. Gersmank, früher Mälzermeister im Dobrilugh, am 24. 8.

Goldene Hochzeit: Hausbesitzer Heinrich A. Seelbach mit seiner Ehefrau Pauline in Erkner, Wöhrelstorf, 27. am 22. 8. (am gleichen Tage beginnend eine Tochter der Benannten die Tochter der Silbernen Hochzeit); die Hochzeitssprüche wurden in den Germania-Jälen in Berlin abgelesen; 5 Kinder, 13 Enkel und 1 Urenkel des Gold- bzw. Silberpaars nahmen teil; Herr Konrektor Vater, Friedrichshagen, überbrachte die Glückwünsche des Deutschen OLB und des Verbands Berlin-Brandenburg unter Überreichung eines Schenkens; Herr Jorckmann (Ortsgruppe Erkner) überreichte mit einer kurzen Ansprache eine Glückwunschkarte mit einer künstlerisch ausführlichen Widmung, die das Bild von Otto trug, dem Heimatvater der Jubelpaare und den 50 Zentnarsunterstützenden jämmerlichen Mitgliedern der Ortsgruppe; gleichzeitig ernannte er Herrn A. Seelbach zum Ehrenmitglied der Ortsgruppe Erkner; Josephine Kompe (Grauengruppe Erkner) überreichte beiden Paaren im Namen der Grauengruppe Erkner schöne Blumenpäckchen; der Gedenkgarten Nord, der bei der Feier in der Kirche gelungen hatte, verabschiedete das Fest mit hübschen Segnungsprößen und einer kermesigen deutschen Glückwunschkarte; der Vereinheimatverein Erkner war gleichfalls vertreten.

Diamantene Hochzeit: Der frühere Landwirt und Viehhändler Wilhelm Lucht und Ehefrau, geb. Dräger, früher in Steinburg d. Rok.-Aste, am 4. 9. Das Jubelpaar hält sich zurzeit bei seiner jüngsten Tochter Bertha, jetzige Frau Jekirke, in Premnitz, Winterfeldt, 46, auf.

Begehrte Östermärker: Rechnungsrat Bruno Brümmer, Kassel, Elbendorf, 16, früher Allenstein, am 31. 8. 72. J.; Frau Maria, geb. Riedmann, 46, geb. Buchholz, Kassel, Jülichstr. 34, früher Borsdorf, am 6. 10. 80. J.; Fräulein Konrektor Else Siegmann, geb. Kiebel, Jülichstr. 34, früher Borsdorf, am 19. 9. 50. J.; Reinhold Schmid, Großmoor b. Celle, früher Gollwitz in Lüneburg, Kts. Schöningen, am 23. 8. 66 J.; Witwe Erna-Johanna Wejahn in Fürstenwalde (Spree) bei ihrem Sohn Otto, Lindenstraße 21, früher in Königsl. Glogauko, Kts. Schönew., am 10. 9. 61 J.; Spediteur Julius Seiler, Fürstenwalde (Spree), Silberstr. 1, früher Möhlin b. Posen, am 6. 9. 60 J.; Archivrat a. D. Dr. Rupke in Stettin, der diese Jahre lang Vorstand des Landesbundes für Pommern und Mitglied des Landesbundpräsidiums war, am 5. 9. 66 J.

Geforster: Goldwirtsmutter Auguste Helmchen in 75. Lebensjahr bei ihrem Schwiegereltern, dem Goldwirtsherrn Erich Kräke in Lüdenscheid, Kts. Landsberg a. W. (Franz H. hatte mit ihrem am 27. 10. 22 verstorbenen Mann 30 Jahre den Anstellungsplatz in Cönen, Kts. Arnsberg, in Posen); Frau Landrat Söhn, geb. Gerstekorn, Witwe des langjährigen Landrats in Dirschau und Vorständin des Provinzialausschusses in Danzig, Söhne, in Lüdenscheid, früher Rittergut Garz, am 27. 8. 82 J.; Professor Dr. Gustav Dräger in Marienburg (Wehr), Deutsh.-Ordensrit., 11. am 2. 8. 73. J. (Fräulein Anna, geb. in Schwed. a. W., dann in Graudenz, wo er an den Gymnasien bis 1920 gewirkt hat, dann versetzt nach Elbing und Marienburg, wo er die

letzten Jahre im Ruhestand lebte; seine beiden Söhne waren aktives Offiziere, der jüngere fiel 1915 in Russland); Witwe Pauline Söhn in Oelskfeld, früher Dr.-Stargard, 81 J.; Landwirt Karl Söhn, geb. in Oelskfeld, Gründung am 19. 8. 75 J.; Forstmeister a. D. von Hövel, der 1897 die Oberförsterei Grünich in der Schorfheide erhielt, bei 40-jähriger Dienstzeit dort unter drei Rößern, diente beim 40-jährigen Dienstjubiläum den Titel „Kaiser-Oberförster“ erhielt und von Kaiser Wilhelm II. zum Ritter des St.-Hubertus-Ordens ernannt wurde, in Alt-Grünich am 28. 8. 90 J.; Exzellenz Gr. Maria von Leyden (Witwe des berühmten Richters Ernst v. Leyden, geb. Oppenheim (aus Königsberg i. Pr. stammend), die in Berlin seit Anfang der 70er Jahre gesellschaftlich eine große Rolle spielte und auf dem Gebiete der sozialen Bildung und der Frauenorganisation führend war, in Berlin am 28. 8. 90 J.; Grundbesitzer Paul Kunkel, Uelzen, Kts. Uelzen, im Diakonissenhaus in Posen, am 27. 8. 64 J.; Landwirt Werner Spotts, Melkow, Vertreter des Befehlshabers des Landwirtschaftlichen Kreiskommissars Römler, am 25. 8.

Durch verschiedenste Anfragen veranlaßt, weisen wir darauf hin, daß der in der Nr. 34 erwähnte Pastor i. R. Paul Greulich nicht identisch ist mit dem Pastor Karl Greulich, der heute noch an der Kreuzkirche in Posen wirkt.

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Aus der Grenzmark und Ostpommern.

Boml: Die hütthüften Körperhöfen verhandelten darüber, ob Boml in Stadtteil aufzugeben sei. Boml hat infolge der Durchfeuerung ihres Wirtschaftsgebäudes und der Errichtung der Nachbargemeinde Neubentwisch den Charakter der ehem. blühenden Handels- und Gemeindestadt verloren. Durch Aufgabe des Stadtrechts würde eine Neuorientierung um 1500 h. möglich sein – die endgültige Entstaltung von der Gehöfts- und Pensionszählnung des Bürgermeisters und des Polizeibeamten vorausgesetzt. Infolge des Verwirklichung des Planes ergibt sich aus der Befreiung die unabänderliche Forderung, daß der Amtsrat das Distriktkommissariat nach Boml vorlegt werden müsse.

Stettin: In der Nacht zum 31. August brannte die Mahlmühle der Pommerschen Hauptmühlenschenke im Vorort Jüllischow nieder. Der Schaden wird auf 1½ Mill. M. geschätzt. In dem Getreidefeld, in dem der Brand ausbrach, befanden sich mindestens 9500 Zentner Getreide.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg: Wie verlautet, soll auch der Bromberger Magistrat, ebenso wie der allererste Städte in Polen, in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein. Eine Ausbildung der Beamten und Angestellten steht für den 1. September noch 50000 Zloty. Der Grund dieser Schwierigkeiten soll darin zu suchen sein, daß man dem Magistrat die Zwangsentschuldung der rückständigen Steuern abgenommen hat, wodurch der Zustand an Barmitteln in die höchsten Rässen gehemmt wurde.

Aus Weißpreußen.

Südungen: Die Transportarbeiter des Südengers Hofsens sind in einen Lohnstreik getreten, nachdem ihre Forderungen auf Aufhebung der Höhe durch eine entsprechende Erhöhung der Lohn- und Umlohnspfosten abgelehnt worden. Der Transportarbeiterverband protestiert im Juli u. d. 3. durchgeführte Rahmenkündigung von 10.000 h. als ungerechtfertigt. Außerdem werden in Südungen jenseit eines Güterumschlagsbahnhofes in dem Strick beteiligen sich etwa 70 h. d. der Transportarbeiter. Südungen führt bekanntlich seine Weißbierbrauerei.

Strasburg: Im Kreise Strasburg im Weichseldorfrondt broach vor kurzem Capus aus. Bereits nach wenigen Tagen sind jetzt (am 30. August) über 100 Söhne von Unterleibstypus zu verzeichnen. Zusammelnd sind 12 Eodesfälle gemeldet, jenseit 3 Eodesfälle in Schwed. wohin der Typus verschleppt worden ist. Man nimmt an, daß die Typusfälle in Bromberg ebenfalls durch Einschleppung aus dem Kreise Strasburg entstanden sind. Eine Molkerei in der Nähe von Strasburg wurde geschlossen, weil in der Milch Typusbefall gefunden wurden. Da der Molkereibesitzer trotzdem weiter Milch verkaufte, wurde eine Polizeiabreise in die Molkerei gelegt und der Besitzer verhaftet.

Die Zelten sind schlecht!

Wie kann ich aus denselben herauskommen? Was ist die Fuge, — Sie können sogar Millionen werden und Mehreinnahmen über das Arbeitseinkommen hinaus erzielen, wenn Sie den unterer heutigen Nummer beiliegenden Prospekt der Staatl. Lotterie-Einlage Simmawa, Berlin W 35, Potsdamer Straße 116a (Sek. Rückwalt), beachten. Der darin enthaltene Glückskalender ermöglicht jedem, sich auf Grund der für ihn bedeutenden Daten eine Glücksummer auszuwählen. — Bitte unter Benutzung der anliegenden Bestellkarte sofort Ihre Wünsche aufzulisten.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Ostland-Kultur“ 16 Seiten.

